

2008-05-26

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 23.04.2008

Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	21:00 Uhr	
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses Dessau	
Leitung der Sitzung:	Herr Dr. Exner	Stadtratsvorsitzender
	Herr Hoffmann	1. Stellvertreter
	Frau Storz	2. Stellvertreterin
Anwesend:	Soll: 50	Ist: 48

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Geier, Erhard

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Schröter, Steffen

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, zur heutigen Stadtratssitzung wurde form- und fristgerecht eingeladen und die Tagesordnung beigefügt. Das Gremium ist beschlussfähig.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die **Fraktion Die Linke** vertrete bezüglich des Tagesordnungspunktes 9.19 Einzelhandelsgutachten der Firma GMA die Auffassung, das Gutachten könnte sicherlich ein ausschlaggebendes Dokument sein, um ein entsprechendes Einzelhandelskonzept auf den Weg zu bringen, erklärte **Herr Schönemann**. Man sehe hierin aber keine Be-

schlusskonstellation, sondern Informationsbedarf. Insofern wolle er die Tagesordnung neu geordnet wissen, was er als Antrag sehe.

Dies ist ein Geschäftsordnungsantrag, stellte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, fest. Herr Schönemann bezweifelt den Beschlusscharakter der Vorlage und meint mit seinem Antrag, dass die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt Öffentliche Anfragen und Informationen zu behandeln wäre.

- Zwischenzeitlich fragte Herr Dr. Exner die Mitglieder des Stadtrates, ob es Bedenken gibt, dass durch die anwesenden Vertreter des Fernsehens Aufzeichnungen gemacht werden. Es gab keine Einwände. -

Die Vorlage sei als Beschlussvorlage eingebracht worden und solle als Beschluss Grundlage für alle Planungen sein, gab **Herr Dr. Exner** weiter zu bedenken und bat den Einreicher um Ausführungen.

Oberbürgermeister Koschig erklärte, man benötige die Beschlüsse als Grundlage für die weitere Arbeit und sei auch schon mitten in der Bearbeitung des Zentrenkonzeptes. Dieses könne aber nur auf dem Gutachtenbeschluss aufbauen. Ohne die Richtungsweisung des Stadtrates habe man immer Unsicherheiten bei der weiteren Bearbeitung für das Zentrenkonzept.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage im Bau- und im Wirtschaftsausschuss. Deshalb sei es selbstverständlich, es auch hier zu beschließen.

Der **Änderungsantrag**, den Tagesordnungspunkt **9.19 als Punkt 6.2** der Tagesordnung einzuordnen, wurde **mehrheitlich angenommen** (31:15:02).

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung beschlossen (44:02:02).

3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2008

Die Niederschrift wurde mehrheitlich angenommen (47:00:01).

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr OB Koschig informierte über wesentliche Angelegenheiten im Zeitraum vom 12. März bis 23. April 2008.

Zunächst verwies Oberbürgermeister Koschig auf das tragische Bootsunglück auf dem Elsterkanal am 11. April, bei dem ein 11-jähriger Junge schwer verletzt wurde, jetzt aber außer Lebensgefahr ist. Leider werde immer noch ein 12-jähriger Junge vermisst und man müsse sich auf das Schlimmste gefasst machen. Unsere Anteilnahme gilt nicht nur den Angehörigen, sondern auch unseren Ruderern.

Wie man den Medien entnehmen konnte, hat es durch den sog. Deponieskandal im ganzen Land verschärfte Kontrollen gegeben. Auch unsere Deponie wurde von Mitarbeitern des Landesverwaltungsamtes gemeinsam mit unseren eigenen Mitarbeitern des

Umweltamtes mehreren Kontrollen unterzogen. Die Verfahrensweise in unserer **Depo- nie** ist als korrekt abgenommen worden, ordnungsgemäße Eingangskontrollen wurden uns bestätigt. Einige Hinweise wurden für den Ablauf der Eingangskontrollen gegeben, worüber man alle Nutzer und Kunden in einem Anschreiben informierte. Herr Koschig nutzte ein Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Landesverwaltungsamtes, um auf ein schon lange währendes Problem an der Gemarkungsgrenze, hier speziell vor den To- ren von Mosigkau, hinzuweisen. Er habe gebeten, dass das Landesverwaltungsamt auf der Gemarkung der Gemeinde Reppichau noch einmal tätig wird. Herr Kuras habe zu- gesagt, sich darum zu kümmern.

Zum Thema **Hauptsatzung** habe man sich im Hauptausschuss dazu verständigt, in der nächsten ordentlichen Sitzung am 7. Mai 2008 die Synopse mit den Zuarbeiten aus der Verwaltung und den Fraktionen zu besprechen.

Der Stand der **Gebietsangelegenheiten**, vor allem die angestrebten Eingemeindungen der Stadt Wörlitz und der Gemeinde Vockerode, habe sich gegenüber der letzten Be- richterstattung nicht wesentlich geändert. Im nächsten Monat wollen die Stadt Oranien- baum bzw. die Gemeinde Möhlau Richtungsbeschlüsse zur Bildung einer Einheitsge- meinde fassen. Wörlitz und Vockerode wollen zunächst abwarten, ihre Postkartenaktion ist sehr gut angelaufen. Herr Koschig hat dem alten und neuen Bürgermeister der Stadt Wörlitz zu seiner Wiederwahl gratuliert, ebenso der neuen Bürgermeisterin von Vocke- rode.

Zu den **Wirtschaftsangelegenheiten** kommend, führte Herr Koschig weiter aus, im Berichtszeitraum konnte der Notarvertrag zur Errichtung einer Produktionshalle zur me- chanischen Metallbearbeitung im Gewerbegebiet Mitte unterzeichnet werden (etwa 1.000 m², Schaffung von 10 Arbeitsplätzen, Investitionssumme 347.000 €).

Es liegen zwei neue Anfragen für ein Logistikzentrum der Automobilindustrie und für eine Teilmontage von Flugzeugteilen vor. Als Standortangebote wurden jeweils das Gewerbegebiet Flugplatz übergeben. Rückäußerungen gibt es noch nicht.

Wie der Insolvenzverwalter Dr. Frenzel mitteilte, kann die insolvente Fahrzeugtechnik Dessau als eigenständiges Unternehmen zunächst weiter geführt werden. Danach sol- len die 170 Mitarbeiter des Schienenfahrzeugbaus nicht entlassen werden. Ein Großteil von ihnen kann in einer Auffangesellschaft unterkommen. Wichtige Kunden haben ihre Aufträge nicht storniert. Die Stadt und die Stadtwerke halten sich zurück, um die Her- ausführung aus der Insolvenz zusätzlich zu unterstützen.

Zum **Baugeschehen und zu den Beschlüssen** aus der letzten Sitzung berichtete der Oberbürgermeister, dass die Satzung über die Erhebung der Erschließungsbeiträge und die Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen für die Stadt Dessau- Roßlau im nächsten Amtsblatt veröffentlicht werden.

Am 25. März 2008 begann planmäßig der **Neubau der Bahnhofstraße**. Ein Teilstück der Baumaßnahme ist ein Kreisverkehr an der Kreuzung Gropiusallee/Kühnauer Stra- ße. Der Kreisel wird unter Vollsperrung gebaut und soll im August für den Verkehr frei- gegeben werden. Die Vollsperrung wurde erforderlich, weil sämtliche unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen unter dem künftigen Kreisverkehr zu erneuern sind. Der Austausch der Gasleitungen ist bereits erfolgt. Als nächste Aufgabe steht das Aus-

wechseln der Energiekabel an. Seit vorgestern werden in den nächsten 6 Wochen über 11.000 m³ Erdstoff für einen Straßendamm zwischen Bahnbrücke und geplantem neuen Westausgang aufgeschüttet. Eine Vielzahl von Gebäuden und Garagen wurde abgerissen, die in der geplanten Baustrasse standen. Neben dem Westausgang kann man bereits die Konturen des geplanten P+R-Platzes erkennen.

Gegenwärtig erfolgen die Bauarbeiten zur Ertüchtigung der für den **Ausbau B 185 Orangeriestraße / Knoten Am Hanfgarten / Anhalterstraße** in Mosigkau erforderlichen weiträumigen Umleitungsstrecke. Die Arbeiten verlaufen planmäßig und werden im Juni 2008 abgeschlossen sein. Die Bauleistungen des Objektes (Straßenbau, Beleuchtung, DVV – Leistungen und Begrünung) befinden sich zurzeit im Ausschreibungsverfahren nach VOB. Mit dem Abschluss der Auswertung der Angebote soll ein Baubeginn Anfang Juli 2008 ermöglicht werden.

Die Arbeiten für die DVV für den **Ausbau Eduardstraße im Sanierungsgebiet Dessau-Nord** werden im Monat April komplett abgeschlossen sein. Derzeit werden Arbeiten an Gas- und Wasserleitungen ausgeführt und Hausanschlüsse fertig gestellt. Es erfolgen Pflasterarbeiten für die Parkplätze und das Versetzen von Bordsteinanlagen. Die Behelfszufahrt für die Garagen im Innenhof der Eduardstraße konnte wie geplant zum 11.04.2008 übergeben werden (Freigabe von 17.00 bis 7.00 Uhr). Während der Bauarbeiten muss die Zufahrt tagsüber aus Sicherheitsgründen gesperrt bleiben. Die ausgeschriebenen Bauleistungen werden laut Bauzeitenplan ausgeführt.

Die Ausschreibung zum **Ausbau der Oranienstraße** im Sanierungsgebiet Dessau-Nord fand statt. Die Prüfung der Angebote wird im Moment bearbeitet. Die Auftragsvergabe soll so erfolgen, dass ein Baubeginn ab Mitte Mai möglich ist. Die Bauarbeiten sollen im Zeitraum Mai bis August stattfinden.

Derzeit laufen Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Bau und dem Planungsbüro zur Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens für den **Neubau eines Kreisverkehrs Am Finkenherd in Roßlau**. Genaue Ausführungszeiträume stehen zum derzeitigen Planungsstand noch nicht endgültig fest. Vom Landesbetrieb ist geplant, mit der Ausführung im Spätsommer zu beginnen. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Roßlau hat die Beschlüsse zur Umverlegung der dort noch befindlichen Fernwärmeleitung gefasst.

In seinem Bericht fortfahrend, informierte OB Koschig von der feierlichen Übergabe des Viereckteiches im Georgengarten am 29. März nach erfolgreicher Sanierung. Herr Koschig dankte allen Beteiligten für die würdige Feier.

Ebenfalls in einem zwar kleinen, aber würdigen Rahmen fand die Enthüllung der Gedenktafel für Frau Jenny Goldmann-Wahl in Anwesenheit ihres Sohnes in der Kavalierstraße statt. Mit der Gedenktafel soll auch an die jüdischen Mitbürger der Stadt erinnert werden, die zum Teil an sehr entscheidender Stelle zum Leben in unserer Stadt beigetragen haben. In dem Hause wohnte u. a. der Direktor des Landgerichtes.

Am 21. April 2008 konnte die Übergabe eines Bildes von Franz Krüger an die Anhaltische Gemäldegalerie im Beisein von Minister Prof. Olbertz vollzogen werden.

Das Preisträgerkonzert des Landeswettbewerbes „Jugend musiziert“ wurde am 16. März in der Marienkirche durchgeführt. Für die Veranstaltung hat die Stadt sehr viel

Lob erhalten, welches Herr Koschig an dieser Stelle an das zuständige Dezernat und die Musikschule weitergab.

Am 26. März 2008 wurde das Landesfinale Sachsen-Anhalt um den Erdgaspokal 2007/2008 im Berufsschulzentrum ausgetragen. Daran nahmen ein Schülerteam und eine Betreuerin der Gesundheitsfördernden Ganztagschule Zoberberg teil und erzielten den 2. Platz.

Am 28. März 2008 war die feierliche Übergabe der modernisierten Ganztagschule Zoberberg an die Schülerinnen und Schüler als künftige Nutzer im Beisein von Herrn Staatssekretär Willems.

Gestern, am 22.04.2008, war auf Gleis 6 des Hauptbahnhofes die Taufe eines Zuges der Elbe-Saale-Bahn auf den Namen „Anhaltisches Theater Dessau“, womit erstmals ein Zug nach einem Theater benannt wurde und so auch in der Region für unser Theater wirbt.

Heute Morgen war unser Bau- und Verkehrsminister in der Mariannenschule. Gemeinsam mit Bürgermeister Gröger gab es dort einen Bericht u. a. zu Fahrplänen.

Des Weiteren berichtete OB Koschig von dem gerade heute stattgefundenen Richtfest von 8 Reihenhäusern im Platten-Baukasten an der Kreuzbergstraße. Dies sei ein Beitrag unserer Stadt im Stadtumbau und man werde sich 2010 bei der IBA mit diesem und dem gegenüber liegenden Projekt des Wohnungsvereins sehen lassen können. Ein herzliches Dankeschön gelte den Bauherren, die hier Mut bewiesen haben das Projekt anzugehen und allen anderen Beteiligten.

Zurzeit findet die ARD-Themenwoche „Mehr Zeit zu leben - Chancen einer alternden Gesellschaft“ statt. Die Stadt Dessau-Roßlau hat sich am bundesweiten Aktionstag am 19. April 2008 mit 4 Aktionen beteiligt:

- Gesprächsforum zum Betreuungsrecht
- Präsentation der pädagogischen Arbeit der KER Rasselbande
- Ausstellung zum Stadtumbau im Rathauscenter
- Kinder musizierten für Senioren im Heinz-Rühmann-Klub.

Die bereits erwähnte Postkartenaktion wurde am 15. März zum Frühlingserwachen in Wörlitz gestartet und das Eingemeindungsansinnen von Vockerode und Wörlitz der Landesregierung, dem anwesenden Innenminister und seinem Staatssekretär, übergeben.

Am 19. März 2008 weilte der Vizepräsident des Landtages Sachsen-Anhalt, Herr Dr. Fikentscher in Dessau-Roßlau. Er besichtigte die Behindertenwerkstatt, besuchte die Baustelle des Kulturzentrums Altes Theater und den Betrieb CEMAG. Weiterhin führte er eine Bürgersprechstunde durch.

OB Koschig hatte zum 1. April 2008 zu einer Auftaktveranstaltung zur Bildung eines Ausländerbeirates eingeladen. Hier wurden erste Arbeitsschwerpunkte und Verantwortlichkeiten festgelegt. Insbesondere sollte der Name des Beirates nicht Ausländerbeirat, sondern **Beirat für Integration und Migration** lauten.

Am 18. April weilte Herr Koschig mit Vertretern des Anhaltischen Kunstvereins Dessau zu einer Ausstellungseröffnung in Bietigheim-Bissingen, wo die Ausstellung „Bauhaus und Gartenreich“ aus Anlass des 150-jährigen Bestehens des Anhaltischen Kunstvereins dort als Korrespondenzstandort zum Gartenreich „Garten Eden“ präsentiert wurde.

Abschließend verwies OB Koschig auf den heutigen Internationalen Tag des Buches und warb dafür, den Kindern und Jugendlichen die Freude am Lesen zu vermitteln.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

entfallen

5. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr

Die Auswirkungen der Baumaßnahme Eduardstraße auf die Bewohner der Scheplake brachte **Frau Elisabeth Fürich**, wohnhaft in 06844 Dessau-Roßlau, Scheplake 8a, namens der Bewohner zur Sprache. Erst im Zuge der Baumaßnahme haben sie erfahren, dass im Kreuzungsbereich zur Scheplake Poller aufgestellt werden sollen. Diese verhindern den direkten Anschluss an die und aus der Stadt.

Die Überlegungen der Anwohner rationeller Art sind folgende: Der Altersdurchschnitt ist Dessau typisch, d. h. etwas höher, daraus erheben sich die Fragen:

- Wer übernimmt die Verantwortung, wenn Rettungsfahrzeuge, wenn sie sich verfahren und nach dem Durchgang suchen müssen, zu spät bei den Hilfebedürftigen ankommen?
- Wie ist die Leitung des Durchgangsverkehrs geplant, wenn Nutzer der Umgehungsstraße plötzlich auf die Poller stoßen?
- Wer übernimmt die Änderung der Eingaben bei den Navigationssystemen?

Leider konnten die Bewohner nicht im Vorfeld der Maßnahme reagieren, da sie nichts von einer Auslage der Planungen erfahren haben und auch keinen Sinn in der Aufstellung der Poller sehen. Sie fordern, das Geld dafür zu sparen und stattdessen die Kreuzung ordentlich technisch auszubauen.

Frau Fürich bat um schnelle schriftliche Beantwortung der Fragen. Bürgermeister Gröger sagte die schriftliche Beantwortung zu.

Eine weitere Wortmeldung erfolgte durch **Herrn Ginzkey**, wohnhaft in Alte Leipziger Straße 13, 06849 Dessau-Roßlau. Er stellte folgende Anfragen:

- Was wurde aus der Vorlage „Anbindung IC-Verkehr“, die in der Sitzung am 12.03.2008 in den nicht öffentlichen Sitzungsteil verschoben wurde?

An Herrn Tobler gerichtet, fragte Herr Ginzkey,

- wie lange sollen die alten Straßenbahnwagen (in den Farben grün, weiß und beige) noch in Verkehr bleiben? Das Unterwerk und die Bestuhlung sind noch gut und die Stadt könne dafür noch etwas bekommen. Für ältere Bürger oder solche mit Gehhilfen oder Kinderwagen sei das Einsteigen eine Zumutung, weil sehr beschwerlich.

- Seit einem Jahr sind die Scheiben des Wartehäuschens in der Tempelhofer Straße kaputt. Bereits im vorigen Jahr habe Herr Ginzkey mit Herrn Ceglarek telefoniert und ihm den Vorschlag gemacht, doch 2-3 mm verchromtes Blech mit versetzten Löchern einzubringen, damit man hindurch sehen kann. Gleiches treffe beim Neuenhofenweg zu. Hier sollen auch die Sitze zerstört worden sein.
- Bei wem haben schon einmal die Erdgas-Busse im Fernsehen gestört? Das war bei ihm selbst und auch beim Nachbarn schon der Fall, weshalb er Herrn Brasack, Technischer Leiter der DVG, angerufen hat. Nunmehr sei das Problem abgestellt worden.

Zurück kommend auf die Kaufhalle Mittelbreite, fragte Herr Ginzkey nach, wie weit diese Sache gediehen sei.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, merkte zum Inhalt der Einwohnerfragestunde an, es müsse hier um Anfragen der Bürger gehen, die auch wirklich den Stadtrat betreffen. Die letzte Wortmeldung habe vorwiegend die Stadtwerke betroffen, wobei es zweckmäßiger wäre, spezifische Fragen direkt mit der Verwaltung zu klären.

Bürgermeister Gröger führte aus, soeben Rücksprache mit dem Leiter des Bauordnungsamtes genommen zu haben. Die Baugenehmigung für die Kaufhalle sei erteilt. Direkte Anrufe bei dem Nutzer, welche meist Projektentwickler sind, bringen nicht unbedingt Antworten. Auch sei es keine Sache des städtischen Hochbauamtes. Wie der konkrete Arbeitsstand ist, werde vom Bauordnungsamt Herrn Ginzkey nochmals deziert mitgeteilt. Was die Anbindung an das Fernstreckennetz betreffe, habe es eine umfangreiche Behandlung im Wirtschaftsausschuss gegeben. Auch diese Problematik werde Herrn Ginzkey nochmals schriftlich dargelegt.

Ergänzend führte **Oberbürgermeister Koschig** aus, er habe zur Problematik in der vorigen Woche mit dem Bundestagsabgeordneten Petzold ein Gespräch geführt und ihn um Unterstützung gebeten. Des Weiteren sagte Herr Koschig zu, die Fragen bezüglich der DVV bzw. DVG Herrn Tobler zukommen zu lassen, damit von dort eine Beantwortung erfolgen kann. Herr Ginzkey stimmte diesem Verfahren zu.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Dem gerade gewählten Präsidenten des Fußballvereins 05, welcher anwesend war, sprach **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, seinen Glückwunsch aus. Seine Frage ging jedoch an den Baudezernenten und bezog sich auf die Missstände in der Stadt Dessau, so der Zustand der ehemaligen Fortschritt-Lichtspiele in der Johannisstraße. Das direkt daneben liegende ehemalige Hunold'sche Palais werde zunehmend von Besuchern des Theaters aufgesucht, weil dort Vorträge und kleine Inszenierungen stattfinden. Von diesen Besuchern sei er angesprochen worden und frage daher, ob die Stadt Einfluss nehmen kann, den Missstand bei den ehem. Fortschritt-Lichtspielen zu beseitigen.

Festzuhalten sei zunächst, dass es sich um ein privates Grundstück handelt, entgegenste **Bürgermeister Gröger**. Vorgesehen war die Unterbringung einer Ersatzkasse, was aber offensichtlich nicht geglückt sei. Die Stadt habe bei diesem Objekt, wie auch beim Kristallpalast, immer die Obhutpflicht, dass von diesen vernachlässigten und von den

Eigentümern nicht gepflegten Grundstücken keine Gefahr für das öffentliche Leben ausgeht.

Man sei jedoch gegenwärtig dabei, das sog. Quartierskonzept für den Bereich Theater/Johannisviertel zu erarbeiten. Es soll den seit 1998/99 existierenden Rahmenplan aktualisieren. Dort werden diese Missstände mit entsprechenden Lösungsansätzen versehen. Die Stadt selbst kann es finanziell nicht leisten, die Grundstücke zu übernehmen und für eine grundlegende Lösung zu sorgen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, verlas die aufgestellte Rednerliste für diesen Tagesordnungspunkt und appellierte, angesichts der noch anstehenden umfangreichen Tagesordnung, hinsichtlich der Fragen genau abzuwägen, ob diese hier und heute diskutiert werden müssen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, bezog sich auf einen Artikel in der MZ vom Samstag zum Weltkulturerbe Meisterhäuser. Dieser habe seine Befürchtungen im Rahmen der Vorbereitung des jetzt stattfindenden Wettbewerbes zur Neugestaltung der bekannten Objekte aufleben lassen. Das Institut ICOMOS hat erhebliche Bedenken zum Wettbewerb geäußert, bis zu der Befürchtung, dass der Weltkulturerbe-Status verloren geht. Eine Stellungnahme der Stadt zu diesem Artikel sei ihm nicht bekannt geworden, weshalb er um eine solche bat und fragte, was die Stadt beabsichtigt gegen diese Entwicklung zu tun.

Seine zweite Anfrage betraf das Haus Kreuzer. Hier wurde mit Erschrecken festgestellt, dass es eine Kostenstelle in der Haushaltsplanung gibt für Abrisskosten von 60 T€, obwohl zwischenzeitlich Investorenangebote im Bereich von mehreren 10 T€ zum Ankauf und zur Entwicklung des Gebietes vorlagen. Herr Bönecke bat auch hier um eine Beantwortung, wo die Ursachen liegen.

Abschließend übergab Herr Bönecke dem Präsidium des Stadtrates ein Schreiben des Ortsbürgermeisters von Großkühnau mit der Bitte um Stellungnahme. **Herr Dr. Exner** nahm dieses entgegen und sagte eine Bearbeitung zu.

Auf die Fragen von Herrn Bönecke eingehend, merkte **Bürgermeister Gröger** an, zunächst sei festzuhalten, dass es sich hier um einen Artikel in der MZ handelt, dessen Aussagekraft, was die Meisterhäuser betrifft, schwer nachzuvollziehen ist. ICOMOS und die UNESCO haben uns im Sommer vergangenen Jahres von der Absicht informiert, dass auf Anraten des Landesamtes für Denkmalpflege, des Kultusministeriums, das Problem der Meisterhaussiedlung nur durch eine städtebauliche Reparatur, die weltoffen zu diskutieren ist, gelöst werden kann. Das war das Ergebnis einer Absprache mit Herrn Marano, der immerhin Sprecher der Monitoring-Gruppe ICOMOS Deutschland vom Juli vergangenen Jahres ist. Des Weiteren sei das besagte Schreiben erst im Januar eingegangen, obwohl gemahnt wurde, weil der Auslobungstext, der in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des Landesverwaltungsamtes, des Landesamtes für Denkmalpflege, des Bau- und des Kultusministeriums und des Bauhauses entstanden ist, am 6. Dezember freigegeben werden musste. Ansonsten wäre die Zeitschiene, die Reparatur im Jahr 2010 durchzuführen, nicht einzuhalten. Der Auslobungstext lässt aber all das, was Herr Kowa in Frage stellt, zu. Er ist so weit offen gehalten, dass es sich um eine städtebauliche Reparatur handelt, die zulässt, den Zustand zu belassen, wie er ist, das bauzeitliche Erscheinungsbild herzustellen, oder, wenn jemand etwas anderes vor-

schlagen will, er es so weit zurückhaltend gestalten muss, dass das Weltkulturerbe nicht dominiert wird.

An der durchgeführten Jury-Sitzung im Februar hat als Beobachter und Berater von I-COMOS aus Paris, Frau Schmückle-Mollard, teilgenommen. Die Hinweise, die aus der internationalen Jury kamen, sind von Frau Schmückle-Mollard in den Auslobungstext für die letztausgesuchten 25+1 aufgenommen worden.

Wenn nunmehr auf den genannten Artikel sofort reagiert würde, ohne hinterfragt zu haben, was Herr Prof. Dr. Petzet wirklich meint, begebe man sich auf Glatteis. Man könne aber versichert sein, dass Herr Gröger mit dem Kultusministerium die Angelegenheit rückgekoppelt hat und Herr Prof. Olbertz es ebenso sieht, dass ein klärendes Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Petzet stattfinden muss. Leider war er in dieser Woche nicht zu erreichen. Wenn der Termin feststeht, werde Herr BM Gröger reagieren.

Was die Anfrage zum Abriss des Hauses Kreuzer betrifft, wies **Oberbürgermeister Koschig** darauf hin, dass es sich um den Entwurf des Haushaltsplanes handelt. Es sei natürlich Sache des Stadtrates, darüber zu befinden, ob der Abriss erfolgt oder nicht. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplanes war es aber so, dass keine Nachnutzung für das Objekt gefunden wurde oder es veräußert werden kann. Das Fachamt ist beauftragt worden, die zurzeit bekannten Interessenten zu erfassen und einen Entscheidungsvorschlag für die OB-Runde zu unterbreiten.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, stellte die Frage an Frau Nußbeck, ob damit zu rechnen ist, dass in nächster Zeit das Dach der städtischen Bühne repariert wird. **Frau Beigeordnete Nußbeck** sagte die schriftliche Beantwortung zu.

Am Wochenende habe **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, der Presse entnehmen können, dass die Stadt sieben neue Fahrzeuge erworben hat. Ihr sei die Situation des Fuhrparks der Stadt bewusst, aber erst am heutigen Tage werde der Haushalt des Jahres 2008 eingebracht und aus diesem Grunde besteht bis zur Beschlussfassung eine Haushaltssperre. Sie frage daher, woher das Geld kommt. **Frau Beigeordnete Nußbeck** erwiderte, dass das Geld aus dem Haushaltsjahr 2007 stammt.

Sich ebenfalls auf die Berichterstattung in der Presse beziehend, bat **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, den Oberbürgermeister um Aussagen bezüglich des Anhaltischen Theaters und der Situation um Gregor Seyffert. Das zweite Thema beziehe sich auf einen Artikel über einen Stammtisch in Zerbst im Zusammenhang mit den Berufsschulen. Er wisse, dass man sich bemüht hatte, die Standorte Wittenberg, Bitterfeld und Dessau zu qualifizieren und sich regional zu einigen. Was aber in dem Artikel stehe, sei schlimm. Deshalb bitte er um Prüfung, was richtig ist und wie man mit dem Thema offensiv umgeht. Herr Schönemann drückte sein Unverständnis aus, dass Dessau-Roßlau langsam in einen Rechtfertigungszwang komme, der nicht gerechtfertigt ist. Als Beispiel nannte er, dass man im Zuge der Begehrlichkeiten, das Oberzentrum und die Region zu stabilisieren, als Raubritter bezeichnet werde. In Wirklichkeit sei es so: Das Bemühen um Wörlitz und Vockerode ist eigentlich ehrenvoll, aber er könne sich nicht erinnern, dass die Orte jemals zu Wittenberg gehörten, es war immer Anhalt. Insofern möchte er fragen, wer räubert in welchem Terrain. Die Stadt Dessau-Roßlau habe es nicht nötig, sich in dieser Art und Weise provozieren zu lassen. Dazu ist eine offensive Informationspolitik seitens der Stadt nötig.

Oberbürgermeister Koschig merkte an, die Informationen, die Gregor Seyffert betreffen, im nichtöffentlichen Teil zu geben.

Herr Wolfram, amt. Dezernent, ging auf den zweiten Teil der Ausführungen von Herrn Schönemann ein. Es gehe um ein sensibles Thema. Heute stehe die Beschlussfassung zu den Berufsbildenden Schulen III auf der Tagesordnung. Man habe mit den Partnern Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg einvernehmlich die Weiterentwicklung der sog. Berufsbildenden Schulen III abgestimmt. Die vor Ort vorgehaltenen sog. Außenstellen wurden im Rahmen der Kreisneugliederung und Gebietsreform den Kreisen zugeordnet.

Weiterhin gebe es einen Verbund der Berufsbildenden Schulen Anhalt als Regionalverbund und seit Januar aktive Verhandlungen mit beiden Partnern, diesen Regionalverbund vor allem im Rahmen der ab 2009 neu zu beschließenden mittelfristigen Schulentwicklungsplanung weiterzuführen. Ziel einer jährlichen Vereinbarung ist, uns grundsätzlich in den Berufsfeldern, in denen die Klassenbildungen erfolgen können, untereinander auszutauschen.

Drittens habe der in der Presse zitierte Schulleiter nicht das Recht, sich zu Fragen der Schulentwicklung zu äußern, sondern nur darüber, was er unternimmt, seine Schule attraktiv zu gestalten, damit die Schüler angemessen versorgt werden können.

Frau Noack, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erinnerte daran, im November das Programm soziale Stadt für die Innenstadt beschlossen zu haben. Sie interessiere der derzeitige Stand oder ob es einen Zeitplan gibt.

Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes, erhielt das Wort und führte aus, zurzeit laufe die Abfrage bei verschiedenen Büros zum Quartiersmanagement und zur Erstellung dieses Handlungskonzeptes. Am Ende dieser Woche sollen die Rückläufe eingehen und man werde sich dann entscheiden müssen, mit welchem Büro man dies weiter betreiben will. Dies würde im Bauausschuss wieder behandelt und danach auch eine Zeitschiene erstellt werden.

Welche Möglichkeiten die DVG Bürgern der Stadt gibt, sonnabends oder sonntags früh vor 6 Uhr zur Arbeit zu gelangen, fragte **Frau Müller, SPD-Fraktion**. Sie führte als Beispiel die Mitarbeiter von Krankenhäusern an, welche auch am Wochenende arbeiten. Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Herr Gebhardt, SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass Herr Knop in der Stadtratssitzung am 19. Dezember 2007 verkündet hatte, gegen ihn Strafanzeige zu stellen. Dieser Strafantrag wurde von der Staatsanwaltschaft in Dessau-Roßlau abgelehnt und seine Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg wurde auch abgewiesen. Neben seiner Genugtuung darüber brachte Herr Gebhardt auch zum Ausdruck, dass dies Mut mache und man Vertrauen haben könne in unsere Demokratie. Es motiviere, sich ehrenamtlich für das Gemeinwesen einzusetzen.

Zur Thematik der Meisterhäuser unterstützte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ausdrücklich Bürgermeister Gröger. Hier laufe s. E. ein persönlicher Kampf zwischen Herrn Kowa und der Stiftung Bauhaus Dessau. Der Vergleich Dessau und Dresden in dem Artikel sei einfach unseriös. Er begrüße es, dass Herr Gröger eine Re-

aktion auf belastbarer Basis vornehmen will, betonte aber, dass es unbedingt eine Reaktion seitens der Stadt geben muss.

Weiterhin kam Herr Busch darauf zu sprechen, dass sich die Stadtwerke entschieden haben, den Spatenstich für den unterirdischen Gasspeicher auszusetzen. Er erinnerte daran, dass die Stadtwerke Dessau in einer gewissen Weise der Nachfolger der Deutschen Continental-Gasgesellschaft sind und stellte deren internationale und nationale Bedeutung auch für die Entwicklung der Stadt Dessau von einer Residenz- zu einer Industriestadt dar. Wenn es nun nicht mehr möglich sei, eine bundesweit erprobte Technologie umzusetzen, halte er dies für ein bedenkliches Zeichen und es stelle sich ihm die Frage nach der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt. Er bitte daher die Stadtverwaltung nachdrücklich, die Stadtwerke zu unterstützen und schlage vor, evtl. eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, um dies nochmals zu thematisieren.

Es habe heute ein Gespräch beim Landesverwaltungsamt gegeben, informierte **Bürgermeister Gröger**. Dort wurden alle Randbedingungen zur Umsetzung des Bauwerkes diskutiert. Es gibt einen Lösungsansatz, allerdings müsse versucht werden, am kommenden Montag in der nächsten Bürgerversammlung die Bürger davon zu überzeugen, dass durch diese Anlage für sie keine Nachteile entstehen. Alle Einzelgenehmigungen liegen im Wesentlichen vor, sie werden nochmals durch die Mittelinstanz beim Landesverwaltungsamt geprüft. Ziel ist, einen Planfeststellungsverzicht zu erreichen. Die Gespräche wurden mit Begleitung der Stadt geführt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, betonte, dieses Problem müsse gemeinsam mit der Bürgerschaft und der Stadt gelöst werden, sonst verlieren wir alle.

6.2 Einzelhandelsgutachten der Firma GMA **Vorlage: DR/BV/109/2008/I-80**

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erklärte, in der Stadt haben sich, was das Thema Nahversorgungszentrum angeht, zwei weiße Flecke gebildet und er hätte, wenn das heute zur Beschlussfassung gestellt worden wäre, an der Stelle interveniert. Bei den weiteren Beratungen sollte bedacht werden, dass bezüglich der Nahversorgungszentren Typ B die recht lange Kreuzbergstraße zukünftig ausschließlich über das Damaschke-Center bedacht werden soll. Er bitte aufzunehmen, den Standort Heinz-Steyer-Ring ebenfalls als Erschließungsstandort offen und möglich zu halten. Der zweite weiße Fleck auf der Landkarte betrifft das Gebiet Alten und Schaftrift. Der einzige Standort ist im Bereich Ellerbreite vorgesehen, also Zoberberg, während Alten und Schaftrift überhaupt nicht mehr erschlossen wären. An der Stelle sollte man den jetzt schon vorhandenen, aber leider zwischenzeitlich geschlossenen Standort Schaftrift, ehemals Kondi, ebenfalls in der Form aufnehmen.

An Herrn Schönemann richtete **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die Bitte um Erklärung, wie es mit der Vorlage im Verfahren weitergehen soll. Das Einzelhandelsgutachten wurde im Wirtschaftsausschuss und im Bauausschuss bestätigt. Leider war Herr Schönemann zu der entsprechenden Sitzung verhindert. Nunmehr ist es notwendig, die Punkte der Beschlussvorlage festzumachen, weil sie für das Zentrenkonzept eine wesentliche Grundlage darstellen. Des Weiteren wandte sich Herr Dr. Schmidt an Herrn Bönecke und merkte an, für einen Nahversorgungsstandort gebe es mehrere Kriterien, es müssen nicht nur eine Kaufhalle, sondern auch mehrere andere

Angebote, also Sparkasse, kleinteilige Geschäfte usw. vorhanden sein. Man hatte einen großen Arbeitskreis zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept, in dem teilweise Herr Otto und Herr Dr. Möbius dabei waren.

Erwidernd führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus, der Titel der Vorlage beinhaltet das Einzelhandelsgutachten der Firma und keinen Arbeitsauftrag in Richtung Einzelhandelskonzept. Es sei eigentlich eine Formalie. Man habe häufig das Problem, die Dinge zu definieren. An vielen Stellen, in bestimmten Bereichen fehlen Konzepte, die wir auch fiskalisch mit Beschlüssen untersetzen, um sie anschließend entsprechend zu begleiten, zu verändern oder zu qualifizieren. Er denke, dass die Arbeitsweise in Zukunft auf der Basis vernünftiger Konzepte in diese Richtung gehen soll.

Bürgermeister Gröger erinnerte daran, sich im Herbst 2006 im Zusammenhang mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan bzw. objektbezogenen Bebauungsplan für die Museumskreuzung vor den Stadträten hatte rechtfertigen müssen, eine Vorlage einzubringen, ohne dass ein Einzelhandelsgutachten, das die momentane Situation abbildet, vorlag. Man habe sich dann auf ein Detailgutachten für diesen Bereich, das aber niemals die Qualität des Einzelhandelsgutachtens für die neue Stadt Dessau-Roßlau widerspiegeln kann, geeinigt, um diese Entwicklung umzusetzen. Er habe damals versprochen, und dieses Versprechen wollte er heute einlösen, dass es ein Einzelhandelsgutachten gibt, das dann in der Weiterentwicklung die Grundlage bietet für ein sog. Zentrenkonzept, wo dann auch noch die städtebauliche Dimension erarbeitet wird. Man habe sich verständigt, dass es hierzu einen Beirat gibt und die Stadträte als auch der Sachverstand in dieser Stadt, von City-Net über die Einzelhändler aus dem ECE, daran teilhaben.

Die Eckpunkte aus diesem Einzelhandelsgutachten in den Punkten 1 bis 6 sollten bestätigt werden, damit das Einzelhandelskonzept als städtebauliche Dimension und letztendlich als Ortsrecht für eine geordnete Einzelhandelsentwicklung erstellt werden kann. Mit der Disqualifizierung dieser Vorlage als Beschluss- zur Informationsvorlage werde man keinen Beschluss haben, d. h. die Arbeitsrichtung ist wieder offen. Man habe einen Flächennutzungsplan, einen Verkehrsentwicklungsplan mit seiner 2. Fortschreibung, einen Stadtentwicklungsplan als integriertes Stadtentwicklungskonzept in seiner 3. Festschreibung beschlossen und hier sage man, das nehmen wir nur zur Kenntnis. Das sei die falsche Botschaft, um die Stadtentwicklung geordnet voranzubringen.

Deshalb müsse das jetzt zur Kenntnis genommen, in den zuständigen Ausschüssen behandelt und erneut in den Stadtrat eingebracht werden. Solange müsse die Arbeit am Zentrenkonzept eingestellt werden.

Die Ausführungen von Bürgermeister Gröger wurden von **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, untermauert. Es sollte auf die Tagesordnung des Bauausschusses und des Wirtschaftsausschusses gesetzt, die Änderungsvorschläge diskutiert und am 4. Juni im Stadtrat zur Beschlussfassung eingereicht werden.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, brachte sein Unverständnis zum Ausdruck. Er habe sich gefragt, was das Ganze soll und ob mehr dahinter steckt. Man habe sich mit der Sache vorher in den beiden Ausschüssen beschäftigt. Für ihn sei die ganze Sache klar aufbereitet über die Ausschüsse gegangen und eigentlich ordentlich, weshalb er nicht nach-

vollziehen kann, warum das abgesetzt wurde. Er stellte die Frage, warum man sich gegenseitig die Zeit stehle. Dafür müsse es einen Grund geben, den er gern wüsste.

Die Beweggründe der Fraktion Die Linke kenne er auch nicht, das heute als Informationsvorlage zu behandeln, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Jedoch wäre seine Fraktion aus den von Herrn Bönecke genannten Gründen mit der Beschlussvorlage auch nicht mitgegangen.

Manchmal komme man erst in der weiteren Diskussion in der Fraktion und mit der Händlerschaft zu Einsichten, die man vorher nicht hatte. Insofern sei es auch zu kritisieren, dass gerade an den entscheidenden Ausschusssitzungen die Stadträte nicht teilnahmen. Man war darauf aufmerksam gemacht worden, dass es für den Bereich Heinz-Steyer-Ring einen Investor gibt, der die Absicht hat, wieder einen Lebensmittelhandel aufzumachen und die Gesamtfläche ordentlich zu gestalten. Man würde Eisen-Maenicke, den die Stadt selbst einmal ermutigt hatte, an diesem Standort zu investieren, wieder eine Chance des Überlebens geben, wenn man diesen Standort wieder entwickelt. Dabei könnte man gleichzeitig auch noch den Abriss sparen, weil der Investor das Ding kauft und beräumt und ordentlich gestaltet. Solchen Dingen sollte man sich stellen, die an einem gestandenen Handelsstandort einfach eine Weiterentwicklung aufzeigen.

Gleiches betreffe die Schaftrift. Dieser Stadtteil und gerade die älteren Bürger bleiben mit dem Schließen der Kaufhalle völlig unversorgt. Man habe an der Mannheimer Straße gerade die Fläche neben der Tankstelle verkauft und bringe dort eine gastronomische Einrichtung hin. Er könne sich durchaus vorstellen, im Anschluss noch eine Handelseinrichtung anzusiedeln. Wenn dort ein Lebensmittelhandel entsteht, sei es keine zentrenrelevante Sache, aber den Leuten, die dort wohnen, sei geholfen. Darüber sollte man noch einmal nachdenken und nicht eine absolute Formulierung finden, sondern Möglichkeiten, dass die Politik im Einzelfall immer noch einmal entscheiden kann. Er habe Sorge, dass das Ganze zu einem Dogma wird, Dinge zum Selbstläufer werden, von denen die Politik gar nichts oder zu spät erfährt. Dass es solche Entwicklungen gibt, wo man sich gegen das Gutachten stellt, sei deutlich geworden mit der Entwicklung Köthener Straße, wo es wahrhaftig keine Notwendigkeit gibt, einen weiteren Lebensmittler anzusiedeln.

Auf den an Herrn Dr. Schmidt gerichteten Einwurf von **Herrn Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, die Typen A, B und C der Einzelhandelsstandorte betreffend, mahnte der **Vorsitzende des Stadtrates Dr. Exner** an, man könne jetzt nicht Details der Vorlage diskutieren.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte den **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte**.

An Herrn BM Gröger gerichtet, merkte **Herr Bönecke** an, wäre als Beschlussvorschlag heute nur der Punkt 1 zur Abstimmung gestellt worden - nur der betreffe das Einzelhandelsgutachten an sich - wäre die Diskussion an dieser Stelle nicht aufgekommen. Damit wäre die Frage von Herrn Bähr auch schon beantwortet.

Es sei Konsens in beiden Ausschusssitzungen gewesen, entgegnete **Bürgermeister Gröger**. Da sei das so diskutiert worden. Wenn der Mehrheitsbeschluss in den Ausschüssen so ist, müsse man die Punkte aufnehmen.

Der **Antrag** auf Beendigung der Diskussion wurde mehrheitlich **angenommen**.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erhielt als letzter Stadtrat der Rednerliste das Wort. An Herrn Bähr gerichtet, legte er dar, es gebe keine Lumperei. Er habe aber in diesem Raum 1993 dermaßen Hiebe bekommen, als er für ein Einzelhandelskonzept gestritten habe. Damals wurde ihm gesagt, er solle mit seinen sozialistischen Plankonstellationen aufhören, das regelt der Markt. Er sei also unverdächtig. Insofern sei man im Interesse der Sache unterwegs.

Auf das von Herrn Bönecke Angesprochene eingehend, legte **Oberbürgermeister Koschig** dar, die Schaftrift ist als Einzelstandort mit aufgeführt. Man bemühe sich, ihn auch weiter zu entwickeln und Investoren zu finden, die ihn auch wieder eröffnen. Er empfehle, sich noch einmal intensiv damit zu beschäftigen. Man habe ausführliche Beratungen gehabt, so eine Arbeitsgruppe mit dem Beirat, mit dem Gutachter und man habe vieles durchgesprochen, Typ A, B und C. Es habe einen Grund, warum der Heinz-Steyer-Ring nicht mehr aufgeführt ist, weil man die Nahversorgung in Dessau-Süd halten müsse, was man nur an dem Vorzugsstandort hinbekomme. Deshalb habe man sich dazu verständigt, diesen aufzugeben. Das mag für den einen oder anderen eine harte Wahrheit sein und wenn es einen politischen Beschluss gibt, wie man vor kurzem auch schon einen hinnehmen musste, müsse man das auch so zur Kenntnis nehmen. Der Gutachter warne aber davor, dass dort zu machen.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verwies auf einen von Herrn Dr. Schmidt eingebrachten Verweisungsantrag und brachte diesen zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 46:01:02

7. **Wahl des Beigeordneten für Soziales** **Vorlage: DR/BV/150/2008/I-OB**

Zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes bat der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner, eine Korrektur in der ausgereichten Beschlussvorlage vorzunehmen. Hierin muss es unter 2) an Stelle von „Dr. Thomas Fischer“ **richtig** heißen **„Dr. Frank Theodor Fischer“**.

Im Hauptausschuss sei beschlossen worden, dass jeder Kandidat für ca. 15 Minuten Gelegenheit erhält, sich im Stadtrat persönlich vorzustellen, merkte Herr Dr. Exner fortfahrend an. Im Anschluss gibt es die Möglichkeit, an die Kandidaten Fragen zu stellen. Zunächst bat Herr Dr. Exner den in der Beschlussvorlage erstgenannten Kandidaten, Herrn Dr. Gerd Raschpichler, um seine Ausführungen. (Bis zur Beendigung der Vorstellung und evtl. Beantwortung von Fragen wurde Herr Dr. Fischer gebeten, den Sitzungssaal zu verlassen, um gleiche Bedingungen für beide Bewerber zu haben.)

Herr Dr. Gerd Raschpichler bemerkte eingangs seiner Darlegungen, eine persönliche Vorstellung im Zuge einer Bewerbung um ein sehr anspruchsvolles Amt sei immer ein bewegender Augenblick, so auch heute für ihn. Er sprach all jenen seinen herzlichen Dank aus, die ihm über die landesweite Ausschreibung hinweg zur Seite standen und ihm auch heute den Zugang zum „Finale“ ermöglichten. Diese anspruchsvolle Aufgabe übertreffe sein bisheriges berufliches Erfahrungsspektrum dahingehend, dass es neben den Aufgaben einer Kreisverwaltung in einer Stadt natürlich viel mehr städtische Nähe zum Einwohner gibt. Dies gelte insbesondere für eines von drei Oberzentren des Landes Sachsen-Anhalt.

Im Weiteren schilderte er nochmals seinen persönlichen Werdegang sowie die berufliche Entwicklung. 1989 habe er für die Region als Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, Jugend, Schule und Kultur im damaligen Landkreis Delitzsch lokale kommunale Verantwortung übernommen. Bei kommunalpolitischer Verantwortung liege seine Betonung immer bei kommunal und an zweiter Stelle komme die Politik.

Herr Dr. Raschpichler benannte rückblickend auf beinahe 18 Jahren Tätigkeit in diesem Amt seine gewonnenen Erfahrungen. Dabei spielten eine Reihe von schönen und spannenden Augenblicken, Augenblicke des Aufbruchs, aber auch schmerzliche Prozesse eine Rolle. Die Herausforderungen bedenkend, glaube er, dass diese Entscheidungen künftig mehr unser Handeln prägen werden. Er denke dabei an Schulschließungen, Bevölkerungsrückgang, das Thema schrumpfende Städte und wie damit umzugehen ist. Insofern glaube er, dort die Erfahrungen mitzubringen, die erwartet werden. Er habe sich stets nach dem öffentlichen Gemeinwohl und Interesse orientiert.

In seinen Ausführungen ging er auf die erwähnten Herausforderungen ein und betonte, dass demografischer Wandel kein Naturgesetz ist, sondern Folge auch einer Entwicklung. Deutlich sagte er, es gebe nicht zu viele alte Menschen, sondern zu wenig junge Menschen. Daraus folge, wenn man Altenpolitik sage, meine man eigentlich Jugendpolitik. Das Gegeneinanderausspielen der Generationen kann nicht als Lösung dienen, es muss ein Miteinander angestrebt und vor allem auch gelebt werden. Wenn sich junge Familien sehr schwer für Kinder entscheiden, was der ausschlaggebende Punkt für den demografischen Wandel ist, hat das damit zu tun, dass jungen Familien für einen überschaubaren Zeitraum, wo man auch Planungs- und Perspektivsicherheit für eine Familiengründung braucht, diese einfach fehlt.

Auf die Frage, welche kommunalen Antworten möglich sind, führte er Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Miteinander der Generationen an, auch wie kann man kommunale regionale Kooperation nicht nur vertiefen. Er bestätigte Herrn Oberbürgermeister: Das Theater in Dessau spielt für die Region. Man müsse auch fragen, inwieweit Flexibilität von Strukturen kommunaler Daseinsvorsorge aufrechterhalten werde, um genau diesem demografischen Wandel zu begegnen. So sei eine Gesamtschule für den Schulträger wesentlich einfacher im Bestand zu sichern als eine über 5/6 Standorte verteilte gegliederte Schulstruktur, die dann im Einzelfall zusammenbricht, wenn genau diese die Zuführung von jungen Menschen braucht. Man muss sich angesichts der Entwicklung auf zentrale Orte konzentrieren. Dass man sich im Land Sachsen-Anhalt für dieses Oberzentrum entschieden hat, müsse nach innen und außen stets eingefordert werden, allerdings immer in einem sehr freundschaftlichen Dialog Oberzentrum - Umland.

Weiterhin führte Herr Dr. Raschpichler als Beispiele aus seiner bisherigen Tätigkeit den Bau einer Schule für geistig behinderte Menschen unmittelbar neben einem Altenpflegeheim an. Er glaube, da entwickle sich etwas und Familien können entlastet werden. Sowohl die Kinder sind froh, wenn sie nebenan eine Oma habe, als auch umgekehrt, wenn pflegebedürftige Menschen nebenan eine Schule haben. Das Thema Ganztagschule habe er flächendeckend im Altkreis umsetzen können und bedauerte es sehr, dass das Thema Gesamtschule nicht umgesetzt werden konnte.

Über seine zukünftige Amtsführung, so ihm das Vertrauen geschenkt würde, sagte Herr Dr. Raschpichler aus, er möchte es ehrlich, dialogorientiert gemeinsam mit dem Stadtrat, aber lösungsorientiert führen. Er machte deutlich, sich der Herausforderung, hier in Dessau-Roßlau tätig werden zu können, sehr bewusst zu sein und dieser Aufgabe mit großem Respekt entgegen zu sehen. Seine in 18 Berufsjahren aufgebauten Verbindungen, Kontakte und Erfahrungen - Herr Dr. R. ist im Hauptausschuss des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Krankenhausgesellschaft usw. tätig - möchte er als Botschafter für die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau einbringen.

Am Ende seiner Ausführungen bedankte sich Herr Dr. Raschpichler, dass ihm heute Gelegenheit gegeben wurde, sich der Wahl zu stellen und erklärte sich bereit, für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Seitens der Mitglieder des Stadtrates wurden Fragen an den Bewerber gerichtet. Zunächst bat **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, um seine Meinungsäußerung zu der zu erwartenden Entscheidung des Verfassungsgerichtes über die künftige Organisation der ARGE, ob das weiter gemeinsam mit der Kommune erfolgen soll, welche Erfahrungen und Visionen er dabei habe.

Das Bundesverfassungsgericht habe noch im vergangenen Jahr entschieden, erwiderte **Herr Dr. Raschpichler**. Es hat die Arbeitsgemeinschaften in dieser direkten Verbindung zwischen Bundes- und Kommunalverwaltung für verfassungswidrig erklärt. Es soll aber bei der Leistung aus einer Hand bleiben, was sehr wichtig für die Handelnden ist. Sichergestellt werden muss, dass die zz. laufende Evaluierung, welche Vorteile bringt z. B. das Optionsmodell gegenüber der Arbeitsgemeinschaft, abgewartet werden soll und der Gesetzgeber gehalten ist, diesem Vergleich auch in Form eines Gesetzgebungsverfahrens zu folgen. Der juristische Streit ist in der Tat eine Belastung für die praktisch Tätigen, sowohl die Leistungsempfänger aber auch für die Menschen, die in der Leistungserbringungsstruktur arbeiten. Auch für diese Beschäftigten brauche man eine innere Motivation, diese Aufgabe erfüllen zu können. Deshalb mahne er hier den Bundesgesetzgeber an, im Sinne dieses Urteils schnell zu entscheiden und sich auch vor Verfassungsänderungen nicht zu scheuen.

Für welche Bereiche Herr Dr. Raschpichler in den letzten Jahren in Landkreis Bitterfeld und jetzt in Anhalt-Bitterfeld zuständig war, fragte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, nach.

Seine Zuständigkeit lag im gesamten Bereich der sozialen Infrastruktur, also Sozialamt einschließlich Pflegestruktur-, Behindertenplanung, Bereich Gesundheitsamt, einschließlich sozial-psychiatrischen Dienst, Jugendamt, allgemeiner sozialer Dienst, Pflegekinder, Adoptionen, Kinderheime, den Bereich der Schulen, für die Schulentwicklungsplanung (sächliche materielle Sicherstellung), antwortete **Herr Dr. Raschpichler**.

Folgerichtig sei er federführend beauftragt worden, die Arbeitsgemeinschaft SGB II zu bilden. Weiterhin habe er den Bereich der Krankenhausstruktur im Altkreis Bitterfeld intensiv gestalten dürfen und den Bereich Kultur und Sport.

Die Frage, welchen Wohnstandort er im Falle seiner Wahl nehmen werde, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Hierauf teilte Herr Dr. Raschpichler mit, der Wohnsitzwechsel nach Dessau-Roßlau ist eine sehr ernsthafte Option in der Lebensplanung seiner Frau und ihm selbst. Seine Frau beabsichtigt, die Praxis seinem Sohn in absehbarer Zeit zu übertragen.

Der Stadtratsvorsitzende Dr. Exner bedankte sich bei Herrn Dr. Raschpichler und bat Herrn Dr. Fischer um seine Vorstellung.

Herr Dr. Fischer vermittelte eine Vorstellung seiner Person und seiner Pläne. Zunächst ging er auf den Umfang des Budgets des Dezernates V in der Stadt ein und erläuterte, im Rahmen seiner bisherigen Tätigkeit bei der Stadt Bochum, bei der das neue kommunale Finanzmanagement, also die doppische kaufmännische Haushaltsführung im Sozialdezernat bereits eingeführt ist, weit reichende Erfahrung damit gemacht zu haben. Er wisse auch, wie man Buchführung macht und eine Bilanz liest.

Neben dieser neuen Herausforderung des neuen kommunalen Finanzmanagement als unerlässliches Managementinstrument, brauche eine moderne Verwaltung eine kontinuierliche Personalentwicklung, Personalbudgetierung und ein Kosten- und Leistungscontrolling. Damit werde nicht nur Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger und die Politik hergestellt, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates werden in Verantwortung eingebunden, motiviert und gefördert.

Was finanzielle Leistungen auf dem Gebiet der kommunalen Sozialfürsorge betrifft, sei natürlich der Handlungsrahmen durch die gesetzlichen Regelungen der Sozialgesetzbücher vorgegeben und auch der kommunale Handlungsspielraum notwendigerweise eingeschränkt. Mit den entsprechenden Normen sei er durch die bisherige Arbeit vertraut. So verfüge er über einschlägige Erfahrungen aus dem Zusammenhang mit den sog. Hartz-IV-Gesetzen sowohl nach dem Optionsmodell, als auch nach der ARGE-Regelung.

Soziales Handeln erschöpfe sich seiner Meinung nach keineswegs in der Zuweisung finanzieller Mittel. Im gesamten Ruhrgebiet gibt es Familien, in denen über mehrere Generationen niemand mehr erwerbstätig war, was insbesondere bei den nachwachsenden Generationen zu einer mentalen Verarmung führt und der Antrieb zur Erwerbstätigkeit verloren geht. Diese soziale Lage habe er glücklicherweise in Dessau-Roßlau während seiner zahlreichen Gespräche in den letzten Wochen nicht erlebt, worin s. E. eine Chance liegt, die er gern ergreifen möchte. Ein Netzwerk aus Verwaltung, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und sozialen Trägern soll sich zum Ziel setzen, dass Menschen, insbesondere junge Menschen gestärkt, ermutigt und qualifiziert werden.

Die schutzbedürftigsten Menschen in unserer Gesellschaft seien die Kinder. Mit ihm als Dezernent werde es zeitnah ein Projekt für frühe Hilfen für Kinder und Familien sowie ein 24-Stunden-Notruf-Telefon bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung geben. Es werde eine Kultur von Unterstützung und Wachsamkeit gleichermaßen gebraucht.

Zu den städtischen Kindertagesstätten merkte er an, es gebe in den neuen Ländern eine sehr gute Kultur von vorschulischer Kinderbetreuung und -erziehung in Einrichtungen. S. E. seien diese Einrichtungen zu stärken und zu fördern. Wichtig ist dabei die Qualität der geleisteten Arbeit, aber auch die Pluralität des Angebotes. Dabei meint er, weder ausschließlich freie Träger noch ausschließlich städtische Trägerschaft seien anzustreben.

Der Bereich vorschulischer Kindererziehung ist ein trefflicher Ansatzpunkt für Kontakt und Austausch zwischen den Generationen. Integrative Kinder- und Senioreneinrichtungen halte er dabei neben Mehrgenerationenhäusern für außerordentlich förderungswürdig. Dem Phänomen von Einsamkeit und Isolation im Alter kann damit begegnet werden.

In Dessau-Roßlau gibt es glücklicherweise bereits eine ganze Reihe von Einrichtungen der Seniorenhilfe, teils in städtischer, teils in freier Trägerschaft. Von der hervorragenden Arbeit, die hier sehr oft, in aller Regel in ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird, konnte Herr Dr. Fischer sich vor Ort überzeugen. Um diese Arbeit zu fördern und zu stärken, beabsichtige Herr Dr. Fischer, eine Beratungsstelle für soziale Initiativen aus dem Kreis der Bürgerinnen und Bürger ins Leben zu rufen.

Vor dem Hintergrund des schwierigen Prozesses um einen genehmigungsfähigen Haushalt gewinnen gerade überregionale Fördertöpfe eine große Bedeutung für finanzielle Rückgriffsmöglichkeiten. Im Europäischen Sozialfonds werden für die deutschen Konvergenzregionen, zu denen auch Dessau-Roßlau gehört, im Förderzeitraum bis 2013 über 600 Mio. € an Fördergeldern bereit gestellt. Einen diesbezüglichen Projektwettbewerb werde das Sozialdezernat unter seiner Leitung umgehend ins Leben rufen.

Bei mehreren Aufenthalten und einer Vielzahl von Gesprächen konnte sich Herr Dr. Fischer mit den Gegebenheiten, mit Vorzügen, aber auch Problemen der Stadt Dessau-Roßlau vertraut machen. Die Stadt verfügt in kultureller, kulturhistorischer und landschaftlicher Hinsicht über ein sehr markantes Profil mit großem Entwicklungspotenzial. Das wissen vor allem außerhalb von Dessau-Roßlau viel zu wenige Menschen. Dieses Profil müsse insbesondere überregional durch professionelles Marketing herausgearbeitet werden. Bestehende Ansätze in dieser Richtung werde er als Kultur- und Tourismusdezernent fördern und fördern, wobei er Wert auf eine intensiviertere Zusammenarbeit mit umliegenden Städten und Landkreisen lege. Kooperationen dürfen sich nicht nur auf gemeinsame Projekte beschränken, sondern auch gemeinsame Trägerschaft von sozialen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, etwa in Zweckverbänden, umfassen.

Zur Perspektive des großen städtischen Eigenbetriebes der Stadt im Dezernat V führte Herr Dr. Fischer weiter aus, er habe sich in einem langen Gespräch mit der Verwaltungsdirektorin, durch Besichtigung der Liegenschaft sowie durch sonstige Quellen einen Einblick in die Situation des Klinikums Dessau verschaffen können. Aufgrund seiner medizin-ökonomischen Vorbildung sei er zu der Einschätzung gekommen, dass das Klinikum sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch unter dem Aspekt eines hohen medizinischen Versorgungsstandards sehr gut aufgestellt ist. Er werde deshalb als Sozialdezernent entschieden den Verbleib des Klinikums in städtischer Trägerschaft unterstützen. Damit behält nicht zuletzt die Stadt ein wertvolles Steuerungsinstrument zur Sicherstellung stationärer aber auch ambulanter medizinischer Versorgung in ihrer eigenen Hand.

Er halte sich selbst für einen tatkräftigen Menschen, der gerade durch das breite Spektrum der beruflichen Aufgaben bewiesen hat, sich zügig und effizient neuen Lagen und Herausforderungen stellen zu können. Ein Sozialdezernent muss für die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt ansprechbar und greifbar sein. Daher sei es für ihn eine Selbstverständlichkeit, als Sozialdezernent spätestens mit Dienstantritt auch Bürger der Stadt Dessau-Roßlau mit erstem Wohnsitz zu werden.

Abschließend betonte Herr Dr. Fischer, er betrachte es unabhängig von der Wahlscheidung als Auszeichnung und Ehre, in die engere Wahl als Beigeordneter der Stadt Dessau-Roßlau gekommen zu sein. Er würde sich darüber hinaus besonders darüber freuen, wenn er heute hier das Vertrauen und die Zustimmung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger dieser bemerkenswerten Stadt erhalte.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, richtete gleich lautend wie an Herrn Dr. Raschpichler die Frage an Herrn Dr. Fischer, welche Visionen oder Empfehlungen er aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Optionsmodell und der ARGE er dem Gesetzgeber mitgeben würde. Hierauf entgegnete **Herr Dr. Fischer**, sie erwarte hier eine Stellungnahme in einem Kompetenzbereich, für den er auch als Sozialdezernent nicht zuständig wäre. Dennoch schätze er fachlich ein, dass die Schwäche des Optionsmodells in den Vermittlungszahlen liege. Im kommunalen Bereich bedarf es eines wahnsinnigen Aufwandes und Kraftaktes, die Kompetenz, was die Arbeitsvermittlung angeht, in gleicher Weise darzustellen. Andererseits müsse er aber auch sagen, was die Fallbearbeitung angeht, dass er aus dem Optionskommunen durchweg sehr gute Rückkopplungen erhalte. Optionskommunen sind aber oft kleinere Kommunen und es ergeben sich, was Fallaufkommen und Kompliziertheit der Fälle angeht, sicherlich Unterschiede. Das Bundesverfassungsgericht habe den Gesetzgeber aufgefordert, eine neue gesetzliche Regelung zu finden. Etwas zu verändern, bevor es eine neue gesetzliche Regelung gibt, mache aus seiner Sicht keinen Sinn.

Um eine kurze chronologische Darstellung, für welche Bereiche er in den letzten Jahren zuständig war, bat ihn **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Darauf legte Herr Dr. Fischer seine Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten seit seinem Ausscheiden im Jahr 2002 bei der Bundeswehr bis zu seiner Amtsleiterfunktion ab 2007 in der Stadt Bochum dar.

Es lagen keine weiteren Fragen an die Kandidaten Dr. Raschpichler und Dr. Fischer vor. Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, verwies auf die vorbereiteten Stimmzettel mit den Namen der Kandidaten, rief die Mitglieder des Stadtrates zur Wahl auf und bat die Zählkommission um Aufnahme ihrer Tätigkeit.

Das Gremium trat nach Abgabe der Stimmzettel in eine 20-minütige Pause. Nach Beendigung dieser gab Herr Dr. Exner das Ergebnis der Wahl bekannt:

An der Wahl nahmen 47 Stadträte zzgl. des Oberbürgermeisters (gesamt 48 Stimmen) teil. Es wurde keine ungültige Stimmabgabe festgestellt. Im ersten Wahlgang ist derjenige gewählt, der die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erzielt hat (mehr als 24 Stimmen).

Abstimmungsergebnis:

Herr Dr. Raschpichler erhielt 25 Stimmen,
Herr Dr. Fischer erhielt 23 Stimmen.

Herr Dr. Gerd Raschpichler wurde als Beigeordneter für Soziales gewählt. Auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden erklärte Herr Dr. Raschpichler, die Wahl anzunehmen.

8. Einbringen der Unterlagen für den Haushalt der Stadt 2008 und Folgejahre

8.1 Haushalt 2008

Vorlage: DR/BV/143/2008/II-20

8.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 und Folgejahre

Vorlage: DR/BV/142/2008/II-20

Eingangs ihrer Ausführungen verwies **Frau Beigeordnete Nußbeck** auf die mit Datum vom 14.04.2008 vorliegenden Beschlussvorlagen Nr. 143 Haushaltsatzung und Haushaltsplan 2008 und Nr. 142 Haushaltskonsolidierungskonzept 2008. Man sei bemüht, den Entwurf auch in digitalisierter Form kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Am heutigen Tage wurde ein Blatt übergeben, auf dem die in ihren Ausführungen genannten Zahlen nochmals dargestellt wurden.

Die relativ späte Vorlage der Entwürfe für Haushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept begründet sich in erster Linie aus der Fusion der Städte Dessau und Roßlau. Sie sei zwar körperlich bereits am 01.07.2007 vollzogen worden, jedoch wurden die beiden Haushalte der Städte Dessau und Roßlau für das Jahr 2007 vollständig getrennt zu Ende gerechnet. Dies hatte u. a. zur Folge, dass alle Ausgaben des ehemaligen Landkreises Anhalt-Zerbst für die Stadt Roßlau für kreisliche Aufgaben im 2. Halbjahr 2007 über außer- und überplanmäßige Ausgaben des Dessauer Haushaltes realisiert werden mussten. Insofern wird es für das Jahr 2007 noch getrennte Jahresabschlüsse für die Städte Dessau und Roßlau geben.

Die Einbeziehung der Ergebnisse dieser vorläufigen Jahresrechnungen war angesichts der schwierigen Haushaltslage von hoher Bedeutung, um eine weitestgehende Planungssicherheit zu erhalten, denn durch die automatisierte Übernahme aller Haushaltsansätze aus dem Roßlauer Haushalt in das Dessauer Haushaltsprogramm ist noch nicht der Dessau-Roßlauer Haushalt entstanden. Erst durch die Einbeziehung aller Kreisausgaben, die im ehemaligen Landkreis Anhalt-Zerbst für die Bürger der Stadt Roßlau getätigt wurden bzw. die sich aus der Auseinandersetzungsvereinbarung ergeben, wird der Haushaltsentwurf komplett.

Günstig wirkt sich hierbei aus, dass gerade die Jahresabschlüsse beider Städte für 2007 wesentlich positiver ausfallen, als im Plan vorausgesehen und dies obwohl gerade der Dessauer Haushalt im 2. Halbjahr 2007 eine Reihe zusätzlicher Ausgaben zu verkraften hatte.

Die Haushalte der Städte Dessau und Roßlau sahen für 2007 insgesamt ein planmäßiges Defizit in Höhe von 32,7 Mio. EUR vor. Tatsächlich wird dieses Defizit gemäß vorläufiger Jahresrechnungen aber nur 18,8 Mio. EUR betragen. Diese positive Entwicklung konnte in der Finanzplanung berücksichtigt werden.

Der Verwaltungshaushalt der Stadt Dessau-Roßlau sieht für 2008 ein planmäßiges Defizit in Höhe von 25,7 Mio. EUR vor, das sind 167,4 TEUR mehr, als im Finanzplan der Stadt Dessau allein im Haushalt 2007 für das Jahr 2008 geplant wurden.

In diesem Defizit von 25,7 Mio. EUR enthalten, sind Sollfehlbeträge der Stadt Dessau in Höhe von rd. 18,0 Mio. EUR sowie die einmalige Ablösung der Sollfehlbeträge des ehemaligen Landkreises Anhalt-Zerbst an den Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Höhe von 3,9 Mio. EUR.

Das strukturelle Defizit der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2008 beträgt damit nur noch 3,8 Mio. EUR (Vergleich: Im vergangenen Jahr waren es 12 Mio. EUR) und wird gemäß Finanzplan unter der Bedingung, dass alle geplanten Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt werden, im Jahr 2010 vollständig beseitigt sein.

Diese Veränderungen begründen sich im Wesentlichen in

- höheren Zuweisungen nach dem FAG in Höhe von 7,1 Mio. EUR,
- höheren Steuereinnahmen in Höhe von 4,9 Mio. EUR,
- Mindereinnahmen bei den Bedarfszuweisungen in Höhe von 2,8 Mio. EUR,
- fusionsbedingten Mehrausgaben bei der Jugend- und Sozialhilfe in Höhe von 3,6 Mio. EUR,
- Mehrausgaben für den Schuldendienst aus der Auseinandersetzung mit dem Landkreis Anhalt-Zerbst in Höhe von 0,8 Mio. EUR,
- Mehrausgaben für die Kosten der Unterkunft in Höhe von 0,8 Mio. EUR,
- Minderausgaben bei der Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 1,5 Mio. EUR sowie
- dem Wegfall der Kreisumlage der Stadt Roßlau an den Landkreis Anhalt-Zerbst in Höhe von 2,7 Mio. EUR.

Die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 2008 steigen gegenüber dem voraussichtlichen Ist 2007 um 3,3 % auf insgesamt 163,4 Mio. EUR und die Ausgaben steigen um 6,9 % auf insgesamt 189,1 Mio. EUR.

Die größte Veränderung hat die Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen um 7,1 Mio. EUR erfahren. Darin enthalten sind Sonderzuweisungen in Höhe von 1,8 Mio. EUR, für die uns der Bewilligungsbescheid bereits vorliegt.

Dennoch darf nicht verkannt werden, dass hier nach wie vor ein im Land ungelöstes Problem schwelt. Durch die Fusion der Städte Dessau und Roßlau am 01.07.2007 ist es zu einer Verschiebung der Einwohnerzahlen von den Finanzmassen für die kreisangehörigen Städte und die Landkreise hin zur Finanzmasse für die kreisfreien Städte gekommen, aus dem nunmehr rd. 14.000 Einwohner mehr gespeist werden.

Um diese Verschiebung finanziell auszugleichen, hatte die Landesregierung noch im vergangenen Jahr den Vorschlag zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes eingebracht, der die Verteilmasse für die kreisfreien Städte um 1 % auf 28 % zu Lasten der kreisangehörigen Städte zu erhöhen, beinhaltete. Diese Gesetzesänderung ist zunächst gescheitert.

Die Landesregierung hat sich kurzfristig entschlossen, durch ein Sofortbudget in Höhe von 12,0 Mio. EUR aus dem Ausgleichsstock den kreisfreien Städten zu helfen – dies

beinhaltet für Dessau-Roßlau die Sonderzuweisung in Höhe von 1,8 Mio. EUR. Denn die bisherige Rechtslage führt zu folgendem Phänomen:

Ohne die Soforthilfe der Landesregierung würden die allg. Zuweisungen für Halle und Magdeburg jeweils um rd. 3,7 Mio. EUR niedriger zugunsten der Stadt Dessau-Roßlau ausfallen. Insofern bleibt die Änderung des FAG ein dringend zu lösendes Problem, auch für die beiden anderen kreisfreien Städte Halle und Magdeburg. Hier richtete Frau Beigeordnete Nußbeck ihren Appell ganz besonders an die beiden Landtagsabgeordneten: „Setzen Sie sich für eine für alle Beteiligten verträgliche dauerhafte Lösung ein!“

Die deutliche Verbesserung unserer Steuerkraft trägt ebenfalls erheblich dazu bei, dass die Entwicklung des Defizits sich sichtbar abschwächt. Die Gewerbesteuererinnahmen steigen planmäßig gegenüber dem Haushaltsansatz 2007 um fast 21 % und erreichen somit wieder das Niveau des Jahres 2005. Die Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer steigen planmäßig gegenüber dem Haushaltsansatz 2007 sogar um 21,4 % und erreichen damit ihr höchstes Niveau seit 7 Jahren.

Dennoch darf nicht verschwiegen bleiben, dass es noch gewaltiger Anstrengungen bedarf, um wieder den vollständigen Haushaltsausgleich darzustellen. Das **Haushaltskonsolidierungskonzept 2008** sieht deshalb Maßnahmen mit einem Gesamtumfang von 15,2 Mio. EUR bis zum Jahr 2016 vor.

Von diesen 15,2 Mio. EUR sind insgesamt 10,3 Mio. EUR Personalkosteneinsparungen, das entspricht immerhin 67,8 % der Gesamteinsparung. Im Stellenplan sowie im Haushaltskonsolidierungsvorschlag Nr. 31 sind in der beigefügten Kw-Liste insgesamt 407,3 VbE untersetzt, die bis zum Jahr 2015 einen Stellenabbau auf 1.058,6 VbE belegen. Im HHKK Vorschlag Nr. 30 wird der Stellenabbau weiterer insgesamt 120 Stellen ab 2010 vorgeschlagen, der jedoch noch stellenseitig zu untersetzen ist.

Damit würde im Jahr 2015 eine Stellenzahl von rd. 945 Stellen erreicht. Das entspricht einem Abbau um über 35 % und (bei voraussichtlich rd. 85.000 Einwohnern) einer Quote von 1,1 VbE pro 100 Einwohner für die gesamte Stadtverwaltung inklusive aller nachgeordneten Einrichtungen. (Die Norm beträgt 1 Stelle pro 100 Einwohner nur für die Kernverwaltung.)

Die Personalkostenentwicklung bleibt ein Dauerthema. Mit rd. 31,8 % Anteil an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes sind sie der größte Ausgabeposten. Insofern ist für den Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau der jüngste Tarifabschluss eine gewaltige Last. Obwohl teilweise bereits in der ursprünglichen Finanzplanung (mit 5 %) berücksichtigt, konnte immerhin der vollständige Haushaltsausgleich für das Jahr 2015 dargestellt werden. Der nunmehr vorliegende Tarifabschluss von 8 % erfordert zusätzliche Konsolidierungsbeiträge in Höhe von 1,2 Mio. EUR jährlich ab 2010, um das Ziel 2015 beizubehalten.

Der Haushaltsausgleich wurde deshalb im Finanzplan erst für das Jahr 2016 dargestellt. Dies wurde insbesondere auch vor dem Hintergrund der Nichtrealisierung von Konsolidierungsbeiträgen im Gesamtumfang von 2,5 Mio. EUR für 2007 so vorgeschlagen.

Hinzu kommt, dass weitere im Konsolidierungskonzept vorgeschlagene Maßnahmen in den Folgejahren nicht umsetzbar sind und deshalb in der Fortschreibung des Konzeptes nicht mehr aufgenommen wurden, wie z. B: die Vorschläge

- Nr. 3021 Anhaltische Gemäldegalerie,
- Nr. 3023 Museum für Naturkunde und Vorgeschichte und
- Nr. 3024 Anhaltisches Theater

mit einem Gesamtumfang in Höhe von 1,95 Mio. EUR.

Insgesamt wurden die Personalkosteneinsparungen in dem nunmehr vorliegenden Konsolidierungskonzept um 5,2 Mio. EUR erhöht.

Während die Sachkosteneinsparungen sich nur geringfügig ändern, verschlechtern sich die Einnahmeverbesserungen um 1,9 Mio. EUR.

Der zweitgrößte Ausgabeblock unseres Verwaltungshaushaltes sind die Sozialausgaben. Diese steigen kontinuierlich weiter, obwohl durch die Einführung von Hartz IV auch die Entlastung der kommunalen Haushalte erreicht werden sollte. Es muss ganz klar festgestellt werden, dass dieses Ziel nachhaltig nicht erreicht wurde und wohl auch nicht erreicht werden wird.

Trotz sinkender Arbeitslosenquote und damit einer Entspannung auf dem 1. Arbeitsmarkt, steigt die Zahl derer, die mit diesem Einkommen nicht auskommen und auf zusätzliche Hilfen jeglicher Art, von der reinen Sozialhilfe bis hin zu Ermäßigungen für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, angewiesen sind. Dies ist jedoch eine Entwicklung, die durch die Kommune sehr schwer zu steuern ist – sie darf jedoch bei den anstehenden Entscheidungen zu weiteren Konsolidierungsbeiträgen nicht außer Acht gelassen werden.

Frau Beigeordnete Nußbeck fügte ihren Ausführungen zum Verwaltungshaushalt und zum Haushaltskonsolidierungskonzept einige Anmerkungen zum **Vermögenshaushalt** an. Sie verwies auf die wie in jedem Jahr aufgetretenen Probleme zur Aufstellung dieses Planes.

Einerseits ist er in Höhe von 44,7 Mio. EUR in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen, andererseits kann er aber wieder nicht annähernd alle Wünsche und Notwendigkeiten berücksichtigen. Er ist in diesem Jahr im besonderen Maße ein technisches Werk, das die Haushaltsansätze der Haushalte aus Dessau und Roßlau soweit wie möglich fort schreibt, dem jedoch noch das Leitbild und das Siegel der neuen Stadt Dessau-Roßlau fehlen.

Der hoffentlich sehr viel zeitigeren Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2009 muss es daher vorbehalten bleiben, diese Diskussion intensiv zu führen und vor allem das Investitionsprogramm der Stadt Dessau-Roßlau so zu prägen, dass trotz der begrenzten Mittel erkennbar wird, wo und wie die Schwerpunkte der Stadtentwicklung gesetzt werden sollen.

Wesentliche Daten sind

- 32,9 Mio. EUR, das entspricht immerhin 73,7 % aller Einnahmen sind Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von EU, Bund und Land

- davon sind allein 10,8 Mio. EUR Investitionshilfen nach § 11a FAG - das heißt Mittel für Investitionen ohne Zweckbindung,
- 22,7 Mio. EUR, das entspricht immerhin 50,7 % der Gesamtausgaben, werden für Baumaßnahmen veranschlagt und
- weitere 7,3 Mio. EUR (also 16,5 %) für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Dritte.

Dennoch bleibt festzustellen, dass der Planansatz des Vermögenshaushaltes gegenüber dem Vorjahr ohne Tilgung und Umschuldung um 7,9 Mio. EUR niedriger ist. Das voraussichtliche Rechnungsergebnis der Vermögenshaushalte 2007 beträgt für Dessau und Roßlau 36,3 Mio. EUR und liegt damit deutlich unter dem Planansatz 2007 und sogar auch dem für 2008.

Insgesamt sind in diesem Vermögenshaushalt unter den Einzelmaßnahmen u. a. folgende wesentliche Ausgaben veranschlagt:

➤ für den Brandschutz	187,3 TEUR
➤ für Schulbau und Ausstattungen	3,3 Mio. EUR
➤ Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	2,4 Mio. EUR
➤ Kinder-, einschl. Freizeiteinrichtungen	2,2 Mio. EUR
➤ Sporteinrichtungen (eigene und verpachtete)	320,5 TEUR
➤ Bäder	78,0 TEUR
➤ Parks und Gartenanlagen	1,2 Mio. EUR
➤ Stadtkernsanierung (DE-Nord+Nordwest; RSL)	2,4 Mio. EUR
➤ Stadtsanierung URBAN II (darunter Altes Theater+AOK)	3,6 Mio. EUR
➤ Stadtumbau Ost (eigene Maßn. + Zuschüsse an Dritte)	5,3 Mio. EUR
➤ Straßen und Brücken insgesamt	7,3 Mio. EUR
darunter kommunale	4,2 Mio. EUR
Kreisstraßen (Streetzer Brücke)	1,4 Mio. EUR
Bundes +Landesstraßen	1,8 Mio. EUR
➤ Maßnahmen der Wirtschaftsförderung (Erschließ. GG, IG, etc.)	801,1 TEUR

Ihre Ausführungen beendend, wies **Frau Beigeordnete Nußbeck** darauf hin, dass bereits eine erste Einführung in die ausgereichten Unterlagen im Haushalts- und Finanzausschuss am 16.04.2008 gegeben wurde. Für die nun folgenden Haushaltsberatungen über alle Bestandteile des Haushaltsentwurfes bat sie bereits an dieser Stelle um konstruktive Mitwirkung des Stadtrates. Es stehen große Aufgaben bevor, wenn man eine vollständige Handlungsfähigkeit wiedergewinnen will. Man muss sich den sinkenden Einwohnerzahlen und dem Schrumpfungsprozess stellen und dies nicht nur bei der Verschlankung der Verwaltung. Stadtumbau ist ein ganzheitlicher Prozess, bei dem am Ende eine kleinere aber funktionsfähige Gebietskörperschaft stehen muss, die ihren Platz unter den anderen gefunden hat und die ihre Vorzüge und Einzigartigkeit herstellt. Der Weg dahin führt auch über den kommunalen Haushalt, der die Weichen stellt für wichtige Projekte, der Prioritäten setzt und vor allem auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen setzt.

Frau Nußbeck bedankte sich für die Aufmerksamkeit und wünschte den Haushaltsberatungen einen erfolgreichen Verlauf, der eine Beschlussfassung in der nächsten Stadtratssitzung im Juni ermöglicht.

9. Beschlussfassungen

9.1 Erneuerung des bestehenden Städtepartnerschaftsvertrages zwischen Ludwigshafen und der Doppelstadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/113/2008/I-12

Seitens der **Fraktion Die Linke** brachte **Herr Dr. Sauermilch** dem Gremium Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zur Kenntnis. Er wies auf die Wichtigkeit der Thematik Wirtschaft hin und erklärte, der Städtepartnerschaftsvertrag mit der Stadt Ludwigshafen sollte auch eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche der Wirtschaft zum Ziel haben und gerade in dieser Beziehung aussagekräftiger gestaltet werden. Folgende Einfügungen im neuen Vertrag (Anlage 1) wurden beantragt:

Absatz 3, dritte Zeile einfügen „Wirtschaft“

„...den Bereichen Kultur, **Wirtschaft**, Wissenschaft und Sport ...“

Absatz 4, zweiter Anstrich einfügen „Bereich der Wirtschaft“

„- Organisation von Praktika, sowohl auf Verwaltungsebene als auch im **Bereich der Wirtschaft**, im Umweltbereich, Gesundheitswesen usw.“

Absatz 4, Einfügung eines weiteren Anstriches (nach zweitem Anstrich)

„- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftskreisen“

Absatz 5, Einfügung „auszubauen und“

„Um diesen Zielstellungen ... Vereinen und anderen Kooperationspartnern **auszubauen und** kontinuierlich fortzusetzen.“

Oberbürgermeister Koschig bedauerte, dass dieser Vorschlag nicht eher eingebracht wurde, damit noch eine Abstimmung mit den Kollegen in Ludwigshafen hätte erfolgen können. Die Abstimmung gestaltet sich nunmehr in einem sehr engen zeitlichen Rahmen, da vorgesehen ist, den Vertrag am 18. Juni zu unterzeichnen.

Herr Dr. Exner brachte den Antrag von Herrn Sauermilch zur Abstimmung. Er wurde mehrheitlich (30:01:13) angenommen.

Der Beschlussvorschlag mit dem geänderten Vertragsentwurf (Anlage 1) wurde angenommen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:02

9.2 Satzung über die Einrichtung der Wasserwehr der Stadt Dessau-Roßlau (Wasserwehrsatzung) Vorlage: DR/BV/075/2007/II-37

Die Wasserwehrsatzung der Stadt Dessau-Roßlau wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

9.3 **Schließung der Berufsbildenden Schulen III -Chapon-Schule- Dessau-Roßlau zum 31. Juli 2008** Vorlage: DR/BV/067/2008/V-40

Der **amt. Dezernent, Herr Wolfram**, erläuterte, das Thema sei bereits von Herrn Schönmann im TOP 6.1 im Zusammenhang mit den beiden Pressemitteilungen in Zerbst und Dessau angesprochen worden. Dieser Prozess der Unterbringung der Berufsbildenden Schulen wird langfristig begleitet. Die Schule wird im Gebäude in der Chaponstraße in der Schulform weiter vorgehalten, sie kann aber aufgrund des Rückganges von Schülerzahlen nicht mehr in der Eigenständigkeit geführt werden. Das Landesverwaltungsamt hat bereits darauf reagiert und die Schulleiterin, Frau Pasch, nach Köthen versetzt. Die Schule wird amtierend durch Frau Spitzhüttel geleitet. Die strukturelle Zuordnung als BbS II erfolgt zum Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“.

Ob die Schließung der Schule nur aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen erfolgt oder nicht das Beibehalten der Schüler im eigenen Landkreis im Umland der entscheidende Punkt sei, fragte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, nach. Darauf führte **Herr Wolfram** aus, die Schließung werde eigentlich nur ein Jahr früher vollzogen. Dies hänge mit der Gebietsreform zusammen, dass die Schülerinnen und Schüler jetzt am eigenen Platz unterrichtet werden und wir hier diesen Teil der Berufsschule vorhalten. Mit dem Bau des Anhaltischen Berufsschulzentrums „HugoJunkers“ war konzeptionell das Vorhalten der BbS I und II vorbereitet und bei einem zu erwartenden Schülerrückgang diese Schule integriert werden soll. So sage es auch die verbale Einschätzung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung.

Die Schule war mit dem sozialen Projekt der Stiftung der Evangelischen Jugendhilfe betraut worden, merkte **Herr Hoffmann**, stellv. Stadtratsvorsitzender, **Fraktion Die Linke**, an. Er fragte nach, ob von der neuen Zuordnung das Projekt betroffen wird.

Das Projekt wird weitergeführt, erwiderte **Herr Wolfram**. An dieser Schule gab es zwei Projekte, einmal aus dem 700-Personen-Programm und dann dieses mit den sozialen Brennpunkten. Die Schule hatte ein besonderes Klientel, welches auch sonderpädagogisch weiter zu beraten und zu betreuen ist, was weiter an den Berufsbildenden Schulen II durchgeführt wird.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner brachte die Vorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:02

9.4 **Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau** Vorlage: DR/BV/089/2008/V-40

In der Einführung nannte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, die Abstimmungsergebnisse im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport (9:0:0) und im Ausschuss für Finanzen (7:0:2). Man habe mit dieser Satzung einen sehr unkonventionellen Weg eingeschlagen und in diesem Zusammenhang auch mit der Ortsbürgermeisterin von Roßlau darüber beraten. Unter anderem wurde mit den Ver-

kehrsunternehmen die Problematik erörtert und mit den Gremien, dem Stadtschülerrat und Stadtelternrat, das Benehmen hergestellt.

In der Vergangenheit gab es das über die Fraktionen transportierte Problem der Schülerbeförderung aus der alten Stadt Roßlau bezüglich der Beförderung auf städtische Kosten, erinnerte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Er fragte nach, ob es sinnvoll sei, jetzt zu beschließen, das alte Dessauer Modell beizubehalten und nicht besser auf ein stadtweites gleichberechtigtes System einzugehen.

Hier werde eigentlich kein Kompromiss gemacht, entgegnete **Herr Wolfram**. In der Ausdeutung bis Sek. I und damit bis in die Schuljahrgangsstufe 10 sind sowohl in Dessau als auch in Roßlau alle Dinge geregelt. Was Herr Giese-Rehm ansprach, betreffe das Problem der 17 Einzelfälle, die einmal in einer Petition von Eltern an Stadtratsfraktionen herangetragen wurde. Mit diesen wurde gesprochen und eine Lösung einvernehmlich unterbreitet. Es ging darum: Die Jahrgangsstufe 11 und 12 in der Sekundarstufe II sind so im Land Sachsen-Anhalt geregelt und 99 % aller kommunalen Gebietskörperschaften handeln so, dass hier die Kosten selbst getragen werden. Oder, wenn das Gymnasium A vor der Tür liegt und das Gymnasium B genutzt werden möchte, wird die Entfernung in der Sek. I grundsätzlich nur bis zum Gymnasium A als Berechnungsgrundlage herangezogen.

Die Besonderheit, die aus der damaligen Diskussion kam, wurde für die Jahrgangsstufe 11 und 12 aufgegriffen. Man gehe in dem entsprechenden § 1, Abs. 2 darauf ein. Man verlasse aber in keinem Fall den Gleichheitsgrundsatz.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gebracht.

Die Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:01:00

9.5 Satzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/246/2007/V-40**

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales, gab eine kurze Einführung und benannte das Abstimmungsergebnis in den Ausschüssen für Kultur und für Finanzen (jeweils 9:0:0). An dieser Stelle sprach er sich anerkennend über Herrn Stadtrat Tonndorf aus, welcher sich hier sehr eingebracht und uns hilfreich in der Mittlung unserer Satzung und der Satzung von Anhalt-Zerbst zur Seite stand. Spezielle Fragen zu dieser und den folgenden zwei Vorlagen könnte der anwesende Leiter der Volkshochschule, Herr Dr. Lundershausen, beantworten.

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Dr. Exner** brachte die Satzung zur Abstimmung.

Die Satzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

**9.6 Kalkulation zur Kostensatzung der Volkshochschule
der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/247/2007/V-40**

Seine Ablehnung zur Kalkulation und Kostensatzung habe er bereits im Finanzausschuss begründet, wolle es hier jedoch nochmals tun, erklärte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**. Bildung bleibe für seine Fraktion der Schlüssel der sozialen Gerechtigkeit und heiße für sie, gleiche Chancen für alle. Sie unterstütze den Erhalt und die Weiterentwicklung der Volkshochschule. Eine Gebührenerhöhung zum jetzigen Zeitpunkt sei ein Weg in die falsche Richtung. Eine Plausibilität der Erhöhung ist auch aus der Begründung zur Vorlage nicht erkennbar. Die Anpassung an die allgemeinen Gebührenerhöhungen vergleichbarer Volkshochschulen oder ein Beitrag zur Konsolidierung, auch wenn dies eine Forderung des Landesverwaltungsamtes ist, sind für die Fraktion keine Gründe. Die Teilnehmerzahlen werden auch durch eine Gebührenerhöhung nicht steigen, eher zurückgehen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Dr. Exner bat um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Der Stadtrat stimmte der Kalkulation zu.

Abstimmungsergebnis: 33:10:01

**9.7 Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/248/2007/V-40**

Die Kostensatzung der Volkshochschule wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:09:01

**9.8 Sportförderrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/250/2007/V-41**

Zunächst ging **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, auf die an ihn von Herrn Hartmann, SPD-Fraktion, gerichtete Frage ein, die auch Gegenstand in der Sitzung des Kulturausschusses war. In dieser Förderrichtlinie wurde u.a. auf Seite 8 unter 3.2.5 die Förderung ausgewählter Sportbegegnungen in Dessau, Entscheidungen über den jeweiligen Antrag, aufgenommen. Bei Beträgen bis zu 3 TEUR entscheidet das Amt für Kultur, Tourismus und Sport, bei höheren Beträgen der Ausschuss usw.

In der Nachweisführung wird folgendes Procedere angewandt: Grundsätzlich muss jeder, der Mittel in der Bezuschussung erhält, einen Verwendungsnachweis vorlegen. Diese liegt dann im zuständigen Amt vor.

Die Sportförderrichtlinie gebe nur den organisatorischen Rahmen für die Antragstellung und Bewilligung vor, merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Weiterhin war festgelegt worden, dass bei Beträgen bis 3000 € am Jahresende der Ausschuss eine Informationsvorlage erhält, damit nachvollzogen werden kann, welcher Sportverein welche Beträge erhalten hat. Dies wurde durch **Herrn Wolfram** bestätigt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, betonte, mit den aufgeworfenen Fragen seiner Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen keine Ablehnung der Sportförderrichtlinie signalisieren zu wollen, da diese Förderung in den vergangenen Jahren sehr nützlich zur Profilierung der Sportstadt Dessau war. Man sei aber generell der Auffassung, dass dieses komplexe Thema mit allen Bestandteilen in einem Sportkonzept der Stadt Dessau zusammengefasst werden sollte. Die Realisierung sollte im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Dies wurde auch im Ausschuss intensiv diskutiert und er denke, der Wunsch ist fraktionsübergreifend, erklärte **Herr Wolfram**. Die Aufgabenstellung dazu sei auch bereits formuliert, es wird zu einer Sportstättenordnung bis hin zu einem Sportentwicklungskonzept kommen.

Zu den Mitgliedsbeiträgen richtete **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, eine Nachfrage an Herrn Wolfram. In der Richtlinie werde festgelegt, dass die Vereine von ihren Mitgliedern jeweils monatlich je 3,- € Beitrag zu erheben hat. Er frage daher, ob die Vereine die Möglichkeit haben, aus nachgewiesenen, z. B. sozialen Gründen den Mitgliedsbeitrag zu erlassen? Für ihn sei dieser Aspekt wichtig, dass dies kein Ausschlussgrund für eine Förderung ist.

Dieses soziale Moment ist kein Ausschlussgrund, betonte **Herr Wolfram**. Es handelt sich um die Berechnungsgrundlage des Durchschnitts.

Zwei Anregungen wurden von **Herrn Göricke, Freie Wähler**, gegeben. Unter dem Punkt 3.2.3, Bezuschussung von Sportlern, sollte eine Sicherheitsklausel aufgenommen werden, dass nicht mehrere Fördertöpfe ausgeschöpft werden können. Er begründete dies damit, dass der Landessportbund unter sehr großem Defizit leidet, u. a. würden aus anderen Ländern Mitgliedschaften in Sportvereinen in verschiedenen Kreisen angenommen werden, um so in den Genuss von Fördermitteln zu kommen bzw. explizit Fahrtkostenrückerstattungen. Er selbst ist Einzelsportbetreiber (Motorsport ist kein Mannschaftswettkampf). Wenn man sich die Richtlinie zu Gemüte führt, wäre es theoretisch möglich, über einen Verein der Stadt Dessau einen Zuschuss für Reisekosten und Startgelder zu bekommen, um an überregionalen Wettkämpfen teilzunehmen.

Weiterhin fragte Herr Göricke nach, wie damit umzugehen ist, wenn diese Satzung nach dem heutigen Beschluss in Kraft gesetzt wird und man Termine zum 31.05. schon für das Folgejahr anmelden muss. Wurde dies schon immer so gehandhabt, oder ist es eine Neuerung?

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales, entgegnete, dies sei schon so gehandhabt worden. Zum ersten Teil der Anfrage müsse er aber recherchieren, wie es im Zusammenhang mit Aufwendungen für Einzelsportler bei Reisen möglich ist. Ergänzend merkte **Oberbürgermeister Koschig** an, Anträge müssen rechtzeitig eingereicht werden und sie werden sorgfältig geprüft. Gegen ein gewisses Maß von krimineller Energie sei man aber auch durch eine Sicherheitsklausel nicht gewappnet.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

9.9 Nutzung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi für Langzeitarbeitslose in Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/152/2008/SPD

Es gehe um ein klares Votum des Stadtrates, dieses Bundesprogramm bei Erfüllung aller Voraussetzungen in unserer Stadt zu nutzen, legte **Herr Gebhardt, SPD-Fraktion**, dar. Wenn dieser Stadtrat nach außen für seine langzeitarbeitslosen Mitbürger Möglichkeiten für versicherungspflichtige Beschäftigung schafft und am Ende noch Kosten einspart, sei es ein positives Zeichen, zumal die Mittel zu 80 % vom Bund kommen.

Ihre Fraktion stimme der Vorlage zu, erklärte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**. Das Bundesprogramm Kommunal-Kombi könne durchaus eine Hilfe für Langzeitarbeitslose sein. Allerdings ersetze dieses Programm langfristige Perspektiven zur Schaffung regulärer Arbeitsplätze nicht. Auch die Finanzierung des Kommunal-Kombi sei durchaus problematisch. Da sie für den Bund aufkommensneutral ist, werden die Kommunen die tatsächlichen Kosten tragen. Das sei eine Aussage der Deutschen Steuergewerkschaft und genau hier müsse die Kommune ansetzen.

Frau Andrich erläuterte weiter, das Kommunal-Kombi helfe betroffenen Langzeitarbeitslosen, wieder in Erwerbsarbeit zu kommen, soziale Kontakte zu pflegen, einen Beitrag zur Rentenversicherung zu leisten und die Kaufkraft in unserer Stadt zu stärken. Auch könne das Kommunal-Kombi den Kommunen helfen, die Aufgaben zu erfüllen, die sonst nicht oder mit sehr viel Aufwand realisiert werden.

Sinn mache das Kommunal-Kombi nur, wenn es gelingt, als Stadt, als ARGE und Maßnahmeträger Arbeitsentgelte zu zahlen, die deutlich über dem Hilfeniveau liegen und die Betroffenen motivieren, eine solche Arbeit anzunehmen, um aus der Hilfebedürftigkeit herauszukommen. Für die Kommune liegt der Sinn darin, Kosten der Unterkunft und andere ergänzende Leistungen zusätzlich einsparen zu können.

Frau Nußbeck habe in ihrer Haushaltseinführung sehr deutlich gemacht, dass wir nach wie vor auf einen Teil der Kosten sitzen bleiben, weil der Bund ständig seine anteilige Finanzierung zurückgefahren hat. Mit Recht macht die Deutsche Steuergewerkschaft darauf aufmerksam, dass bei einem Entgelt, was nicht entsprechend hoch ist und gezahlt wird, die Kommunen auch weiterhin für die Unterkunftskosten u. Ä. aufkommen müssen, während sich die Beteiligung des Bundes auf die Zahlung der Grundsicherung der Arbeitssuchenden beschränkt. Deshalb sehe man es als notwendig an, aufgrund der genauen Analyse der Bedarfsgemeinschaften und der entsprechenden Zahlungen an die Bedarfsgemeinschaften eine Finanzierung auf den Weg zu bringen, die den Anteil der Kosten der Unterkunft senkt und ergänzende Leistungen mindert oder einspart.

Ziel müsse sein, evtl. noch notwendige Förderungen von Familien durch eine entsprechende Bundesfinanzierung zu ersetzen. Für uns als Fraktion könne es nur ein Ziel geben, Arbeit müsse sich für jeden Einzelnen und seine Familie rechnen und sich für uns als Kommune lohnen. Sie stellte den **Ergänzungsantrag**, folgenden **Punkt 3** einzufügen:

„Es sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, bei denen die Entgelte deutlich über dem Hilfeniveau liegen und dem Ziel dienen, die Kosten der Kommune zu minimieren.“

Herr Bähr, Fraktion der FDP, begrüßte dieses Programm und dass es aufgegriffen wird. Im Moment störe aber, dass die Eigenanteile, welche die Stadt zu übernehmen hat, nicht zu kalkulieren sind. Deshalb bat er, aus „zu schaffen“ einen Prüfauftrag zu machen und so viel wie möglich davon umzusetzen. Die Kosten und die Zahl der Anspruchsberechtigten seien nicht kalkulierbar. Man sei sich sicher einig, dass das sinnvoll ist, aber man müsse es leisten können. Er könne die Fraktion Die Linke vom Ansatz her verstehen, aber er verstehe nicht unbedingt, inwieweit das mit sozialversicherungspflichtigen Vollarbeitsplätzen zu werten ist. Im Prinzip gehe es ihm darum, das Programm zu prüfen und so weit es geht umzusetzen. Die Einfügung des Punktes 3 könne er im Moment nicht nachvollziehen.

Prinzipiell unterstütze die **CDU-Fraktion** das Thema, merkte **Frau Lohde** an. Dennoch rate sie dazu, diese Vorlage im Fachausschuss zu beraten und stelle den **Antrag auf Rückverweisung** an den Hauptausschuss und den Gesundheits- und Sozialausschuss, um die von Herrn Bähr angesprochenen Dinge zu beraten.

Gegen eine Verweisung der Vorlage sprach sich **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, aus, da ansonsten die Zeit wegläufe. Man brauche die Zeit, um die entsprechenden Regelungen auf den Weg zu bringen und überhaupt am Programm teilzunehmen. Die Stadt sei eine der wenigen Städte, die für dieses Programm mit ausgesucht wurden, was man nutzen sollte.

Ebenfalls gegen die Verweisung sprach **Herr Gebhardt, SPD-Fraktion**. Man wolle die Vorlage nicht verwiesen und auch nicht geprüft haben. Aktuellster Stand seien die Aussagen des Wirtschaftsministers von gestern Nachmittag, dass es sich wahrscheinlich um etwa 80 Teilnehmer an diesem Programm handeln wird. Die Landesregierung müsse aber ihre Hausaufgaben noch machen, weil sich der Landtag politisch noch nicht entschieden hat. Man wolle aber dieses Votum und es gehe darum, dass der Stadtrat beschließt, dieses Bundesprogramm für Dessau-Roßlau zu nutzen und anzuwenden. Danach komme es ohnehin in die Ausschüsse und verschiedensten Gremien und die Verwaltung muss die geförderten Tätigkeiten festlegen.

Er habe den Eindruck, dass alle das Anliegen haben, das Programm zu nutzen, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Deshalb unterbreite er den Kompromissvorschlag, den 1. Punkt zu beschließen und gleichzeitig festzuhalten, im Rahmen der Haushaltsdiskussion ein Budget dafür vorzusehen, das dann eine Umsetzung ermöglicht. Jetzt sollte man aber mit der Arbeit beginnen, die Maßnahmen auflisten und schauen, wie viele Leute man in die Programme bringen kann. Dann könne man sehen, wie es weiter geht, habe aber keinen Verzug.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, plädierte ebenfalls für eine heutige Beschlussfassung. Es sei im Prinzip eine politische Willensbekundung. Dass die finanziellen Belastungen nachgerechnet werden müssen sei klar, man habe aber gleichzeitig möglicherweise Entlastungseffekte bei den Kosten der Unterkunft usw. Es wäre in den Haushalt 2008 einzustellen. Insofern bat er den Einreicher zu überlegen, anstelle „zu schaffen“ „zu prüfen“ zu übernehmen.

Die gegebenen Anregungen veranlassen sie, den Rückverweisungsantrag zurückzuziehen, merkte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, an. Sie schloss sich des Weiterem dem

Vorschlag zur Änderung in „zu prüfen“ an und begrüßte auch die von Herrn Otto gegebene Anregung.

Oberbürgermeister Koschig erklärte, Rat und Bürgerschaft haben das Recht zu erwarten, dass die Verwaltung, sobald sie Kenntnis von solchen Dingen wie diesem hervorragenden Programm bekommt, dieses prüft und dem Stadtrat Vorschläge unterbreitet. Hier habe dankenswerterweise die SPD-Fraktion die Initiative ergriffen, was von allen Seiten begrüßt wird. Man habe es auch geprüft und bestätige die Bedenken von Herrn Bähr. Gleichwohl lohne es sich dran zu bleiben.

Wie Herr Gebhardt bereits sagte, habe man mit etwa 80 zu fördernden Plätzen zu rechnen, bestätigte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**. Seit dem 03. März gibt es eine ergänzende Landesförderung zu diesem Programm, welche im Entwurf vorliegt und zurzeit in der Beratung ist. Man hoffe, dass das schnellstmöglich seinen Abschluss findet, damit verlässliche Berechnungen möglich sind. Fakt sei auch, dass wir trotz Einsparung der Kosten der Unterkunft auf einem Teil sitzen bleiben, diese Befürchtung habe auch der Deutsche Städtetag, und müsse insgesamt eingebracht und betrachtet werden.

In der Frage Bezahlung wurde Tariflohn angemahnt. Auch das werde nur gefördert und einmal hochgerechnet und Herr Wolfram hatte sich im Vorfeld mit der Finanzdezernentin verständigt, dass man das im Rahmen der Haushaltsdiskussion, die heute ihren Auftakt gefunden hat, natürlich aus dem Gesamtbudget des Sozialhaushaltes mit abdecken könne. Soweit zur Aufklärung, was die Verwaltung bisher getan hat.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und eine komplizierte Situation besteht. Man habe einen Beschlussantrag der SPD-Fraktion, einen Ergänzungsantrag um eine Ziffer 3 von der Fraktion Die Linke, einen Streichungsantrag über Ziffer 1 hinaus von Herrn Otto und einen Prüfauftrag von Herrn Bähr. Er gehe weiterhin davon aus, dass Frau Lohde den Verweisungsantrag zurückgezogen hat.

Es stelle sich nun die Frage, ob wir heute einen Prüfauftrag oder einen Beschluss verabschieden, so dass der erste Schritt die Umformulierung des Beschlussvorschlages in einen Prüfauftrag wäre. Aus seiner Sicht müsste man über den Prüfauftrag zunächst entscheiden und je nach Ausgang im nächsten Schritt darüber entscheiden ob und inwieweit man in der Sache selbst einen Beschluss fassen will.

Aus seiner Sicht müsste es dann so heißen, dass der Oberbürgermeister aufgefordert wird, die Voraussetzungen und die Folgen **zu prüfen**. Danach könnte man den Beschlusstext so weiter nehmen. In Ziffer 2 müsste es statt „Voraussetzungen zu schaffen“ „Voraussetzungen **zu prüfen**“ heißen. Weiterhin müsste Ziffer 3 des Ergänzungsantrages der Fraktion Die Linke umformuliert werden in „dabei ist von der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze auszugehen, bei denen ...“

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verlas den **Antrag der CDU-Fraktion**: „Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen und die Folgen zu prüfen ...“, dann weiter „um in Dessau-Roßlau zusätzlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Empfänger ... zu erhalten.“

Man sei schon am Rechnen und Prüfen, weshalb es jetzt in den Fachausschüssen behandelt werden sollte, merkte **Oberbürgermeister Koschig** an. Deshalb unterstütze er den Verweisungsantrag von Frau Lohde.

Herr Dr. Exner stellte fest, dass seitens der CDU-Fraktion kein Verweisungsantrag mehr besteht. Der **Antrag auf Verweisung** in den Hauptausschuss, Sozialausschuss, Finanzausschuss wurde jedoch **von Oberbürgermeister Koschig** gestellt.

Die Abstimmung zur **Verweisung der Vorlage** in die genannten Ausschüsse ergab mehrheitliche **Ablehnung** (14:24:01).

Nunmehr erfolgte die Abstimmung des Ergänzungs- bzw. Prüfauftrages der CDU-Fraktion „Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen und die Folgen zu prüfen“. Dieser **Prüfantrag** wurde ebenfalls **abgelehnt** (16:22:00).

Vor der Abstimmung der Beschlussvorlage wurde vom Einreicher der Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke zur Einfügung eines

Punktes 3 „ Es sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, bei denen die Entgelte deutlich über dem Hilfeniveau liegen und dem Ziel dienen, die Kosten der Kommune zu minimieren“

übernommen.

Die Vorlage wurde einschließlich des Ergänzungsantrages beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 20:15:05

9.10 Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan HHJ 2008 Vorlage: DR/BV/096/2008/VI-60

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf die Anlage 2, wo das Treuhänderhonorar mit 45 T€ gegenüber den anderen beiden Vorlagen zu hoch erscheine. Weiterhin bat er um Aussagen zum Anwohnerparkplatz Schlachthofstraße mit 90 T€.

Die Höhe des Treuhänderhonorars sei darin begründet, dass im Bereich Dessau-Nord die SALEG als Treuhänder eine ganze Reihe von Aufgaben wahrnimmt, die sie in den anderen Bereichen nicht wahrnimmt, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**. Dies sei hinreichend auch im Ausschuss so besprochen worden, d. h. der Aufwand ist viel höher, weshalb man die Summen nicht miteinander vergleichen kann.

Zum Anwohnerparkplatz Schlachthofstraße erhielt **Herr Schmieder, Amt 60**, das Wort und legte dar, dahinter verbirgt sich die Gestaltung der Lücke in der Schlachthofstraße. Sie ist schon eingezäunt und habe als Ausweichparkplatz während der Baumaßnahme Umgehungsstraße gedient. Es ist geplant, an dieser Stelle einen ordentlich gestalteten Parkplatz anzubieten. Eine Baugenehmigung liegt schon vor. Insofern sei es ein Vorschlag für den Vollzug einer schon geplanten Maßnahme.

Man habe vor Jahren über dieses Thema gesprochen, entgegnete **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Im Nachgang der zwischenzeitlichen Ausweisung

als Ausweichparkplatz wurden andere Lösungen, wie z. B. Anwohnergrün, geprüft und als nicht realisierbar entschieden. Er halte die 90 T€ an dem Punkt für zu hoch angesetzt, weshalb er die **Streichung beantrage**. Das könnte, wenn man es weiter nutzen will, in dem Status bleiben wie es ist.

Ergänzend legte **Herr Schmieder** dar, das sei im Zusammenhang mit einem von der DWG zu errichtenden Parkplatz auf dem gegenüber liegenden Grundstück zu sehen. Hier ist ein öffentlicher Durchgang vorgesehen und eine ordentliche Gestaltung. Der jetzige Zustand sei zwar funktional, aber nicht nachhaltig nutzbar.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, unterstützte im Namen seiner Fraktion die Beschlussvorlage.

Der Antrag auf Streichung der Position Parkplatz wurde mehrheitlich **abgelehnt** (04:26:08).

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:02:03

**9.11 Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan 2008
Vorlage: DR/BV/097/2008/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**9.12 Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan HHJ 2008
Vorlage: DR/BV/098/2008/VI-60**

Herr Laue, Fraktion der SPD, erklärte sich befangen und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**9.13 Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan HHJ 2008
Vorlage: DR/BV/099/2008/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**9.14 Beschluss zur Einleitung 2. Änderungsverfahren
Teilflächennutzungsplan Dessau
Vorlage: DR/BV/102/2008/VI-61**

In seinen Ausführungen, wobei er sich auch auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt bezog, brachte **Herr Bürgermeister Gröger** zum Ausdruck, es handele sich bei dieser Vorlage um das 2. Änderungsverfahren des Teilflächennutzungsplanes Dessau

und um den Aufstellungsbeschluss Nr. 213 für den „Golfpark“ in Dessau-Alten und eine Umnutzung des ehemaligen Bundeswehrstandortes durch den Investor. Im Flächennutzungsplan ist an dieser Stelle noch „Sondergebiet Militär“ eingetragen, weshalb man eine Veränderung vornehmen muss, damit andere Nutzungen greifen. Um den Investor so schnell wie möglich mit einer entsprechenden Planungsgenehmigung bedienen zu können, habe man den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan parallel bearbeitet, um Zeit zu gewinnen, damit die Arbeiten dort weitergeführt werden. Der Investor ist sehr daran interessiert, dass die Umnutzung so schnell wie möglich passiert.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, bezog sich auf den Bereich Puschkinallee/Kleiststraße. Es sei nicht ganz verständlich, warum man dort jetzt ein gänzlichliches Sondergebiet Verwaltung ausweisen und von vornherein die Wohnmöglichkeit ausschließen will. Die tatsächliche Nutzung sei mit einer Ausnahme ausschließlich durch die Verwaltung geprägt. Eine Ausnahme, die im Moment existiere, ist das ehemalige Kasernengebäude mit einem erheblichen Sanierungsbedarf. Das Gebäude als Verwaltungsgebäude zu nutzen, dürfte rein praktisch schwierig sein. Damit sei es auch sehr schwierig das Gebäude in irgendeiner Form zu erhalten und einer späteren Nutzung zuzuführen. Vor dem Hintergrund plädiere er dafür, diesen Bereich entsprechend auszunehmen.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61, erhielt das Rederecht und erklärte, man ist mit dem Bebauungsplan schon weiter und wisse, dass man an dieser Stelle Wohnnutzungen aufgrund des Lärmschutzes nur schwer zulassen könne. In der nächsten Woche werde es Gespräche mit Interessenten für dieses Haus geben, die dort kein Wohnen machen wollen. Somit dürfte es diesbezüglich keine Bedenken mehr geben.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**9.15 Beschluss zur Aufstellung des B-Planes Nr. 213 "Golfpark" im Ortsteil Dessau-Alten
Vorlage: DR/BV/103/2008/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

**9.16 Maßnahmebeschluss zur Umsetzung des IBA-Projekts Kommunikationsprojekt "Stadtumbau erzählen - Bürger aktivieren (Roter Faden)"
Vorlage: DR/BV/107/2008/VI-61**

Herr Bürgermeister Gröger verwies darauf, dass es unsere Vorgehensweise bei der Umsetzung unseres IBA-Beitrages ist. Morgen sei er in Magdeburg, um dafür zu werben, dass das ein separates Exponat für die IBA 2010 wird. In Abhängigkeit davon sind auch die Zahlen in dem Maßnahmebeschluss zu bestätigen, weil wir in Zeiträumen 2008-2010 genau aufgeschrieben haben, wie wir über diesen roten Faden die Bürgerschaft in die Situation hineinbringen. Man habe heute die Information erhalten, dass der

frühzeitige Maßnahmebeschluss durch das Landesverwaltungsamt bereits abgeschickt ist, der wahrscheinlich morgen eingeht.

Herr Bönecke bemerkte, die **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM** stand dem Projekt „Roter Faden“ schon immer sehr skeptisch gegenüber, vor allem bei dem Kostenvolumen, das man heute beschließen soll. Als Beispiel nannte er einen Punkt, der für besonderes Missfallen gesorgt hat, die Ausgabe von 276.400 € für den Bau eines Asphaltbandes durch diesen Zug. Man vertröste die Vororte in der Stadt permanent mit der Aussage es fehle das Geld, dort entsprechende Straßenbefestigungen und Straßenausbaumaßnahmen durchzuführen, weil selbst für den Fall, dass die Bürger ihren Beitrag aus der Straßenausbaubeitragssatzung erbringen, die Co-Finanzierung durch die Stadt nicht zu leisten ist. Hier verarbeite man ein ganzes Asphaltband für mal eben rund 300 T€, dessen Nachnutzung und Folgewirkung über die IBA hinaus mehr als fraglich ist. Weiterhin rede man ab 2011 über jährliche Folgekosten von 10 T€ für die weitere Bewirtschaftung und das angesichts unserer Haushaltssituation. Derartige Folgekosten mit einer Beschlusslage heute herbeizuführen, könne er nicht vertreten.

Klarstellend entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**, es sei immer in Begleitung des gesamten politischen Raumes dieser Workshop mit Internationaler Beteiligung auf der Grundlage der Empfehlung der jährlichen Evaluierungen zur IBA der Auftrag ergangen, eine Lösung zu finden, wie den Bürgern und den Besuchern dieser Stadt das Motto „landwirtschaftliche Zonen und urbane Kerne“ so zu vermitteln ist, dass auch noch nachfolgende Generationen wissen, was dort stattgefunden hat.

Wenn man sich, gelöst von den zugegebenermaßen relativ hohen Kosten, damit auseinandersetzt, welcher Beitrag geleistet wird, um den Bürgern nahe zu bringen, dass allein vom Bahnhof, Nord-West-Ende bis Süd-Ost-Ende des Grünzuges 120 ha durchgehende Landschaft entsteht, wovon ein großer Teil schon Wirklichkeit wurde und bis zum Jahr 2010 weiterentwickelt wird, werden diese Ort erzählen, was dort gewesen ist.

Man könne das natürlich auch lassen und habe dann eine nichts sagende und für die Bürger und für den Besucher, auch 2010, mögliche Meile geschaffen, die sich nicht von selbst erklärt. Es gehe überhaupt nicht darum, dass wir asphaltieren vom Bahnhof bis zu der anderen Stelle, sondern dass wir vorhandene Straßenzüge und Gehwege benutzen und nur dort ein 2,50 m breites Asphaltband schaffen, wo wir ohnehin fußläufige Bewegungsmelder schaffen für Fußgänger und für Radfahrer, damit wir das Gartenreich tatsächlich in die Stadt holen. Wenn man sich ansehe, wie der Georgengarten mit Straßen durchzogen ist, wo sich die Leute wohl fühlen, dann wolle man das in dem Bereich, wo man rückbaue und die Quartiere mache, in gleicher Weise tun. So verstehe er das für sich und es sei die Entscheidung der Stadträte, ob sie diese Auffassung, die man allerdings schon im zweiten Jahr nach dem Workshop mit internationaler Beteiligung in den Ausschüssen beraten habe, heute zu Fall bringen wollen, was für ihn unverständlich wäre.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, wenn er als Lokalpatriot von Kleinkühnau agiere, würde er den Asphalt gern in der Mittelstraße haben. Das sei aber nicht sein Thema. Man habe im Rahmen unseres Beitrages zur IBA 2010 versucht, anschauliche Wege zu finden, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Trotz des Roten Fadens habe man noch das Problem zu vermitteln, was hier wirklich passiert ist. Er selbst habe auch mal gedacht, dass man mit einem Blackboxverfahren alte Zustände

rekonstruiert. Das, was hier passiert ist, sei etwas Besonderes und ist auch einmalig. So werde das auch eingeschätzt bei der Evaluierung. Man würde sich an dieser Stelle wirklich einen Bärendienst erweisen, wenn wir anfangen, diesen Prozess im Rahmen des Wettbewerbes 2010 ohne den Roten Faden zu präsentieren. Übrigens gebe es bereits Bausteine und Elemente, die schon realisiert sind. Es sei umfänglich auch in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert worden.

Seine Fraktion sei sehr sozial ausgerichtet. Man habe über die Mulde bspw. etliche Brücken gebaut, wo man hätte auch fragen können, braucht man das jetzt, es gibt Wichtigeres, oder warum. Man hätte aber wahrscheinlich für das Stadtbild und für die Skyline dieser Stadt das eine oder andere nicht gehabt. Man müsse doch in schwierigen Zeiten definitiv den Mut besitzen, wenn man so eine Chance hat, wie die IBA 2010. Man kenne u. a. den konträren Aspekt, dass man sich nicht zuletzt im Rahmen mit dem Bauhaus selbst durchsetzen musste, weil die Auffassungen teilweise andere waren. Man sollte die Chance nutzen, mit einem solchen Weg zu vermitteln, was wir erreicht haben. Das könne sich am Ende sehen lassen. Das nicht zu tun, würde einen jähen Abbruch bedeuten und aus seiner Sicht das Aus des Unterfangens nach sich ziehen.

Er wolle nicht auf alte Geschichten mit Verschwendung öffentlicher Mittel beim Brückenbau eingehen, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Ihm gehe es um Nachfragen zu dieser Vorlage, denn er habe Schwierigkeiten mit der hohen Ausgabe für die 70 Fahnen. Es sei zwar die gleiche Summe wie für das Asphaltband, aber immer noch viel Geld. Das Grundanliegen müsste sein, zu fragen, ist an den jeweiligen Positionen die Ausgabe in der Höhe wirklich notwendig oder durch preiswertere Dinge zu substituieren. So verstehe er auch den Ansatz für den Weg, der asphaltiert werden soll. Seine spontane Idee war dazu, muss es unbedingt Asphalt sein, oder tue es nicht auch etwas, was wasserdurchlässig ist. Darauf könne man auch sehr schön laufen und Rad fahren. Das Problem sei, dass es wahrscheinlich nicht viel weniger kosten würde. Die Radwegeverbindung, die es bisher noch nicht gibt, könne er vom Grundsatz her nur begrüßen. Er wolle der Verwaltung ans Herz legen, sich die einzelnen Positionen noch einmal anzusehen, ob man die 280 T€ für 70 Fahnen brauche, oder das Geld in Dinge investiert, die Stadtumbau erzählen und Bürger aktivieren. Das wolle er im weiteren Verlauf stärker herausgearbeitet haben.

Auf den letzten Einwand von Herrn Giese-Rehm eingehend, die öffentlichen Aktionen stärker herauszuarbeiten, bemerkte **Bürgermeister Gröger**, das sei unter der zweiten Zeile eindeutig mit der Öffentlichkeitsarbeit, den Aktivitäten zur Vorbereitung der multidisziplinären Kunst- und Kulturprojekte, der baulichen Unterhaltung der Fahnen, Informationstafeln und Wegweiser aufgeführt. Das alles gehöre zu „Bürger aktivieren und Stadtumbau erzählen“.

Er wollte Mut machen, diese Vorlage auch zu unterstützen, führte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, aus und berichtete, zu einer Tagung in Aschersleben gewesen zu sein. Diese Stadt habe bekanntlich den Zuschlag für die Landesgartenschau 2010 mit der Zielsetzung erhalten, genau diese Gartengestaltung auch in der Innenstadt durchzuführen. Man wisse, wie die Dessauer Innenstadt derzeit aussieht und was sich in Zukunft tun werde. Man brauche solche markanten Eckpunkte in der Stadt, um auch an diesen Stellen, wo man den Rückbau und diese Veränderungen habe, Akzente zu setzen. Deshalb werbe er für die Zustimmung zur Vorlage.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 27:06:03

**9.17 Orangeriestraße (B 185), Ausbau Knoten Am Hanfgarten/
Anhalter Straße - Novellierung des Maßnahmebeschlusses
Vorlage: DR/BV/105/2008/VI-66**

Herr Göricke, Freie Wähler, merkte kritisch an, die Baumaßnahmen sollten in den Ortschaften vorgestellt werden; bevor sie hier zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Das sei in diesem Fall nicht passiert. Herr Oberbürgermeister Koschig habe einmal in einer Beratung mit den Ortsbürgermeistern gesagt, er sehe uns in der Position der Blitzableiter. Dazu sage er, ein Blitzableiter funktioniere nur, wenn er auch angeschlossen ist. In einer anderen Vorlage „Stadtumbau Roßlau“ sei der Ortschaftsrat angehört worden, was auch sehr schön in den Vorlagen ersichtlich ist. Er bat darum, in den Ausschüssen darauf zu achten, dass die Ortschaftsräte angehört werden.

Die Kritik sei angekommen und werde im Tiefbauamt ausgewertet, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**.

Frau Fischer, Tiefbauamt, erhielt Rederecht und stellte klar, der gesamte Knoten Hanfgarten sei ausführlich im Ortschaftsrat besprochen worden. Auch der Maßnahmebeschluss, der im vergangenen Jahr im Stadtrat beschlossen wurde, sei mit dem Ortschaftsrat abgestimmt gewesen. Das einzige Versäumnis ist, dass diese heute vorliegende Beschlussvorlage nicht vom Ortschaftsrat gegengezeichnet wurde, so dass diese Ergänzung der Maßnahme dem Ortschaftsrat so nicht bekannt war. Dafür habe sie sich bereits entschuldigt, wobei die Anweisung vom Oberbürgermeister zu uns kam, als die Vorlage schon durch war. Im Nachhinein habe keiner mehr daran gedacht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führte aus, er wisse, wie schwierig es ist, als Ortsbürgermeister die nötige Akzeptanz zu bekommen. Dies sei auch ein Prozess über die Jahre gewesen. Fakt sei aber, er habe aus dem Umfeld des Ortschaftsrates die Kritik auch wahrnehmen müssen, dass die Beschlussvorlage im Rahmen der Ausschusssitzung öffentlich bekannt gegeben und Bestandteil der Tagesordnung war. Wenn man eine so intensive Baumaßnahme habe wie in Mosigkau, sei es gut, wenn man jemanden habe, der die Maßnahme aus dem Ortschaftsrat begleitet und versucht, es zeitnah der Bevölkerung anheim zu tragen. Das sei eine Erfahrung, die jede Menge Reibungsverluste schafft. Insofern sei die Kritik vielleicht auch unberechtigt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**9.18 Sondernutzungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/006/2008/VI-66**

Bürgermeister Gröger merkte an, dass die Sondernutzungssatzung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 08.04.2008 beraten und einstimmig (8:0:0) Zustimmung fand.

Der Stadtrat gab seine Zustimmung zu der als Anlage 3 beigefügten Sondernutzungssatzung.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

12. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Stadtratsvorsitzenden um 21.00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 26.05.08

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin